

Grüne Welle Cuxhaven

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in der Stadt Cuxhaven

Europawahl 2024

**EUROPA -
Wohin geht
die Reise?**



**Europawahl
09. Juni 2024**

Holzwerk Cuxhaven

**EU HOLZ -
Landet es auch
in Cuxhaven?**

Die Europäische Union

Wissenswerte Daten und Fakten zur EU - Von der Entstehung bis heute

Nah- und Fernwärme

Übergabestationen zum Anschluss im Gebäude: ein wichtiges Bindeglied

Elbfähre Cuxhaven

Warum die Stadt wieder eine Fährverbindung nach Brunsbüttel braucht

INHALT

Editorial	3
Die Europäische Union	4
Die Geschichte der Europäischen Union - <i>Wie Europa sich vereint</i>	4
Organe und Institutionen der Europäischen Union.....	6
Wissenswertes zur Europäischen Union - <i>Zahlen, Daten und Fakten</i>	8
Viola von Cramon - <i>Eine Abgeordnete stellt sich vor</i>	9
Themen aus Cuxhaven	10
Holzwerk - <i>Landet wertvolles Holz aus Europas Wäldern auch im Cuxhavener Ofen?</i>	10
Die Fraktion zum Stand der kommunalen Wärmeplanung - <i>Und ein Besuch im Holzwerk</i>	11
Wärmenetze für die Stadt Cuxhaven - <i>Welche Möglichkeiten gibt es?</i>	12
Anforderungen an die Übergabestationen im Gebäude.....	15
Bautätigkeiten in der Stadt Cuxhaven - <i>Ein Überblick der aktuellen Projekte</i>	18
Bericht aus dem Stadtrat - <i>AfSMBD</i>	21
Keine Fahrradstraßen für Cuxhaven?.....	24
Fährverbindung Cuxhaven - Brunsbüttel - <i>Die brauchen wir wieder!</i>	25
Ex-Bürgermeister Bleicken - <i>War er ein Demokrat?</i>	26
Das passiert aktuell in Cuxhaven	28
Hundesteuer.....	28
Ausstellung Stadtgeschichte Cuxhaven.....	28
Saubere Stadt.....	29
Sportförderung.....	29
Demos für unser demokratisches Miteinander.....	30
BREAKING NEWS - <i>Bund beteiligt sich an Cuxhavener Hafenprojekt</i>	31
Impressum	31

Coverfoto: Christof Lorrenz (2020)

**Europawahl
09. Juni 2024**



Liebe Freundinnen und Freunde, liebe politisch Interessierte,

der Europa-Wahlkampf nimmt langsam Fahrt auf – Workshops und Schulungen werden durchgeführt, Materialien vorgestellt und sich eingestimmt auf den...(Wahl)kampf?!

In Zeiten wie diesen löst dieses Wort widersprüchliche Gefühle in mir aus: Zum einem findet der reale Kampf – die mit Waffen geführte Auseinandersetzung – vor Europas Türen statt. Russland versucht die Ukraine weiterhin mit Waffengewalt zum Aufgeben zu bringen und es gibt viele andere Schauplätze in der Welt, die mich ängstigen, wütend und traurig machen.

Die Auseinandersetzungen im Nahen Osten und der Kampf um Freiheit im Iran seien hier nur stellvertretende Beispiele für das Leid in der Welt.

Und zum anderen erleben wir den Kampf vor unserer Haustür. Nämlich den Kampf gegen Antidemokratie und rechte Hetze. Hundertausende gingen in den letzten Wochen auf die Straße, um sich denen entgegenzustellen, die sich gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung stellen. Und das macht mir dann auch wieder Hoffnung und ermutigt mich. Denn zusammen mit hunderten und tausenden anderen aufzustehen gegen die AfD und Rechtsextremisten macht ein gutes Gefühl. Und deshalb sind wir Demokrat*innen, insbesondere in Wahlkampf-Zeiten dazu aufgefordert, unsere Demokratie und die Freiheit aller Menschen zu verteidigen.

Zu einer Demo zu gehen ist gut, aber auch vergleichsweise einfach. Wichtig ist, dass wir diesen Zusammenhalt beibehalten und in dem Wissen darum, dass wir „mehr sind“, weitermachen. Das bedeutet, dass wir, überall da wo wir uns bewegen, dagegehalten, wenn populistische und rechte extreme Aussagen gemacht werden. Und dass wir unsere demokratischen Werte in politische Gremien tragen und uns stark machen gegen Gewalt, Hass und Hetze. Die demokratische Grundhaltung ist das, was auch die Europäische Union zusammenhält, und so gibt uns die Europa-Wahl den nötigen Aufwind, um immer wieder zu verdeutlichen, dass Antidemokrat*innen keine Chance haben.

Besonders erfreulich ist, dass bei dieser Wahl am 09. Juni erstmals auch Jugendliche ab 16 Jahren wählen dürfen. Damit kommen wir unserer gesellschaftlichen Verpflichtung nach, junge Menschen an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen. Sie sind diejenigen, die die nächsten Jahrzehnte auf dieser Erde leben und damit auch die, die ein Recht darauf haben, mitzubestimmen!

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen erfolgreichen Wahlkampf und viel Kraft für diese herausfordernden Zeiten.

Eure Eva Viehoff

Kontakt für Fragen oder Veranstaltungsanfragen:

Eva Viehoff, MdL
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Mail: eva.viehoff@lt.niedersachsen.de
Mail Regionalbüro: regionalbuero.viehoff@t.niedersachsen.de
Fon: 0511 3030 3312
Fon Regionalbüro: 0171 1086242



Die Geschichte der Europäischen Union

Wie Europa sich vereint

Die Männer und Frauen, die den Grundstein für die heutige Europäische Union legten, haben die Schrecken des zweiten Weltkrieges miterlebt. Sie kämpften für die Grundwerte, auf denen die heutige EU fußt:

- ✓ **Freiheit, Demokratie und Gleichheit**
- ✓ **Achtung der Menschenwürde, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit**
- ✓ **Solidarität und Schutz für alle**

Der Franzose Robert Schumann, Widerstandskämpfer, von den Nazis gefangen und inhaftiert, verfasste die „Schumann-Erklärung“, die Europa den Weg bahnen und weitere Kriege verhindern sollte. Am 9. Mai 1950 stellte er seine Erklärung vor. Dieser Tag gilt als der Gründungstag und wird als „Europatag“ gefeiert.

Gründung der Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (**Montanunion**) mit den Ländern Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und der Niederlande mit dem Ziel, eine wechselseitige Abhängigkeit von Kohle- und Stahlindustrie zu schaffen, damit ein Land nicht mehr ohne das Wissen der anderen seine Streitkräfte mobilisieren kann; dies wirkte nach dem Zweiten Weltkrieg dem gegenseitigen Misstrauen und Spannungen entgegen.

Gründung der Europäischen Freihandelsassoziation (**EFTA**) mit europäischen Ländern, die aber nicht der EWG angehören..

1962 Erste gemeinsame Agrarpolitik

Durch die Fusionsverträge verfügt die Europäische Gemeinschaft über eine einzige Verwaltung (**die Kommission**) und eine eigene Exekutive (**den Rat**).

1951

Römische Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (**EWG**) und der Europäischen Atomgemeinschaft (**Euratom**). Angesichts des Erfolgs des EGKS-Vertrags dehnen die 6 Gründungs-länder ihre Zusammenarbeit auf weitere Wirtschaftsbereiche aus.

1957

Das erste Treffen der Europäischen Versammlung findet in Straßburg statt.

1958

Umbenennung in Europäisches Parlament

1960

Zwischen den Ländern der EWG werden keine Zölle mehr erhoben.

1962

1967

Die Gemeinschaft wächst auf 9 Mitglieder: Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich treten der EU bei und der Umweltschutz kommt auf die Tagesordnung.

1973

Einrichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

1981 Griechenland tritt der EU bei.

Das erste Forschungs- und Investitionsprogramm wird aufgelegt.

Start des Erasmus-Programms zur Förderung von Hochschulstudien im europäischen Ausland.

Gründung der „Europäischen Union“ nach den Maastrichter Verträgen.

Finnland, Österreich und Schweden treten der EU bei.

Einführung des Euro, zunächst als Buchwährung.

Zehn weitere Länder treten bei: Tschechien, Zypern, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei.

Vertrag von Lissabon Er soll die EU demokratischer, effizienter und transparenter machen und so die Union in die Lage versetzen, globale Herausforderungen wie Klimawandel, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung zu bewältigen. Alle EU-Länder ratifizieren den Vertrag, der am 1. Dezember 2009 in Kraft tritt.

Das Vereinigte Königreich tritt aus der EU aus.

1974

1979

1984

1986

1987

1992

1993

1995

1999

2000

2004

2007

2013

2015

2020

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger wählen zum ersten Mal direkt die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Davor wurden die Mitglieder von den nationalen Parlamenten abgeordnet. Die Mitglieder sind von nun an nach europaweiten Fraktionen und nicht mehr nach nationalen Delegationen gruppiert.

Spanien und Portugal treten der EU bei.

Im niederländischen Maastricht wird der Vertrag über die Europäische Union unterzeichnet. Er ist ein Meilenstein in der Geschichte der EU. Er legt die Vorschriften für die künftige gemeinsame Währung sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik und eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres fest.

Schengener Übereinkommen zum freien Reiseverkehr zwischen den EU Staaten.

Einführung des Euro in Form von Banknoten und Münzen, Geltung als gesetzliches Zahlungsmittel.

Bulgarien und Rumänien treten der EU bei.

Kroatien tritt der EU bei.

Auf einer Konferenz der Vereinten Nationen in Paris einigen sich 195 Länder unter Federführung der EU auf ein neues Klimaabkommen. Dieses umfasst einen Aktionsplan zur Begrenzung der Erderwärmung auf „deutlich unter“ 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau.





Organe und Institutionen

der Europäischen Union



Europäisches Parlament

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament vertritt die Bürgerinnen und Bürger der EU-Länder und wird direkt gewählt. Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union fasst das Parlament Beschlüsse über europäische Rechtsvorschriften und billigt auch den EU-Haushalt. Es hat 705 Mitglieder. Der Sitz des Parlaments ist in Brüssel, Straßburg und Luxemburg.



Europäischer Rat

Europäischer Rat

Die Staats- und Regierungschefinnen -und Chefs der EU-Länder kommen als „Europäischer Rat“ zusammen, um die allgemeine politische Richtung der Europäischen Union und ihre Prioritäten festzulegen. Den Vorsitz im Europäischen Rat führt ein Präsident bzw. eine Präsidentin, der/die für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt wird. Die Amtszeit kann einmal verlängert werden. Derzeit ist Charles Michel Präsident.



Europäische Kommission

Der Europäische Rat erlässt keine Gesetze, er kann lediglich die EU-Verträge ändern. Der Sitz des Europäischen Rats ist in Brüssel.

Europäische Kommission

Die Europäische Kommission vertritt die gemeinsamen Interessen der EU und ist das wichtigste Exekutivorgan der EU. Sie entspricht dem Kabinett in der Bundesregierung. Jedes Mitgliedsland stellt ein/e Kommissar/in. Die Kommission nutzt ihr so-

genanntes Initiativrecht, um Vorschläge für neue Rechtsvorschriften vorzulegen. Diese werden anschließend vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union geprüft und angenommen.

Die Kommission ist auch zuständig für alle EU-Politikbereiche mit Ausnahme der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die vom Hohen Vertreter für die GASP (*gleichzeitig Vizepräsident der Europäischen Kommission*) wahrgenommen wird, sowie für den EU-Haushalt; daneben stellt sie sicher, dass die Mitgliedstaaten das EU-Recht korrekt anwenden. Der Sitz der Europäischen Kommission ist in Brüssel und Luxemburg. Außerdem hat sie Vertretungen in der gesamten EU.

Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union vertritt die Regierungen der EU-Staaten. In diesem Rat treten die nationalen Fachminister/innen aller EU-Mitgliedstaaten zusammen, um Rechtsvorschriften zu verabschieden und politische Strategien zu koordinieren. Die Ministerinnen und Minister treten je nach dem zu erörterndem Thema in unterschiedlichen Zusammensetzungen zusammen.

Der Rat der EU fasst gemeinsam mit dem Europäischen Parlament Beschlüsse über europäische Gesetze. Der Sitz des Rats der Europäischen Union ist in Brüssel und Luxemburg.



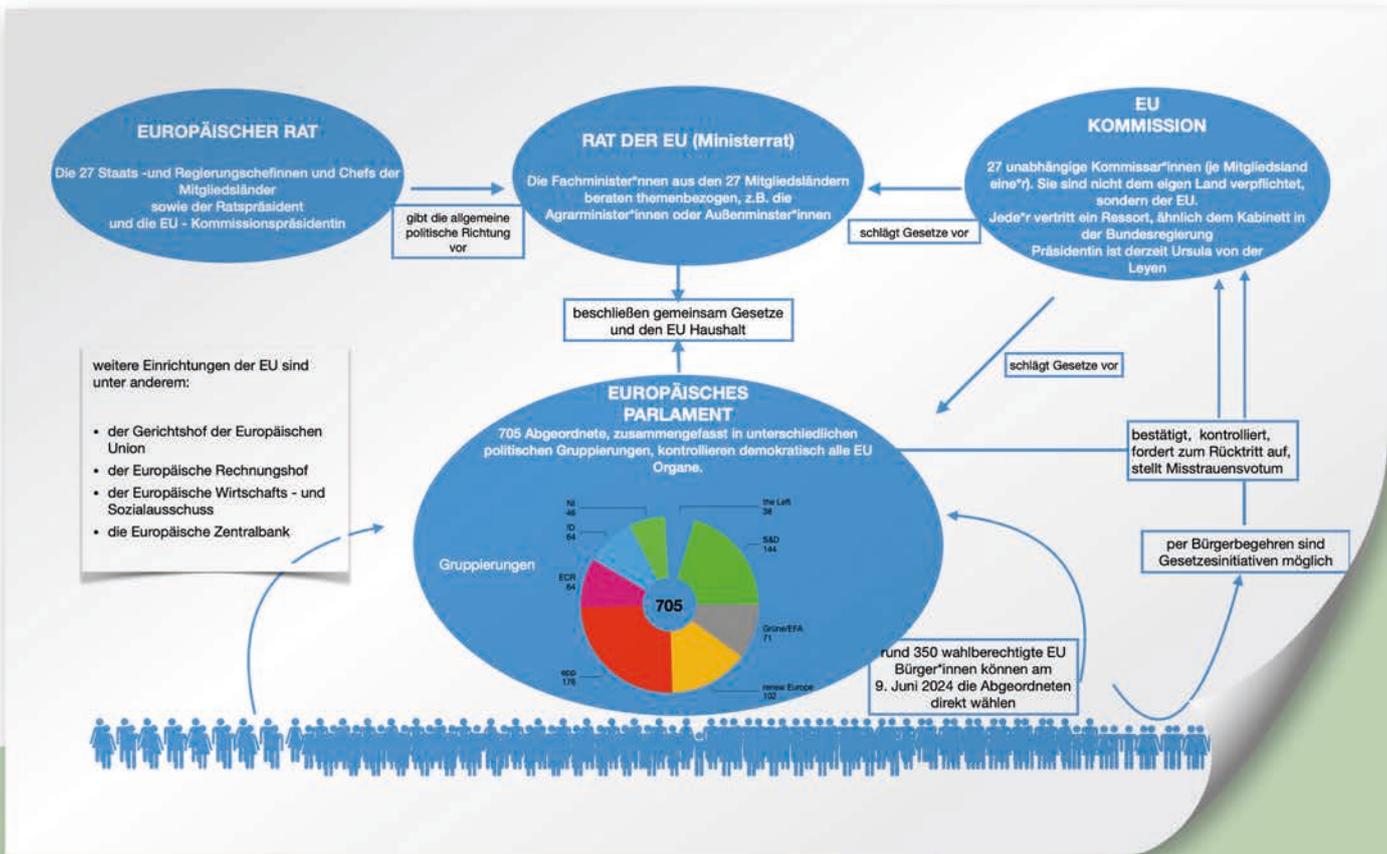
Werbematerial zur Europawahl am 09. Juni 2024, Quelle: gemeinsamfuer.eu

Ergänzt wird die Arbeit dieser vier wichtigsten EU-Organe, die die Gesetzgebungs- und Exekutivaufgaben der EU wahrnehmen, durch drei weitere EU-Organe. Diese sind:

- + **der Gerichtshof der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg**
- + **die Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt**
- + **der Europäische Rechnungshof mit Sitz in Luxemburg**

Diese drei Organe sind für die rechtlichen und finanziellen Aspekte sowie für die externe Prüfung der Europäischen Union zuständig.

Text und Recherche: Anke Christiansen



Organigramm zum Zusammenwirken der einzelnen Organe der EU, Grafik: Anke Christiansen

Wissenswertes zur Europäischen Union

Zahlen, Daten und Fakten

Einwohnerzahlen im Vergleich

In Europa leben derzeit etwa 448 Millionen Menschen. Deutschland ist mit 84 Millionen das Einwohner*innenstärkste Land. Danach folgen Frankreich und Italien.

Diese Übersicht zeigt die Einwohnerzahlen im weltweiten Vergleich zu anderen Ländern:

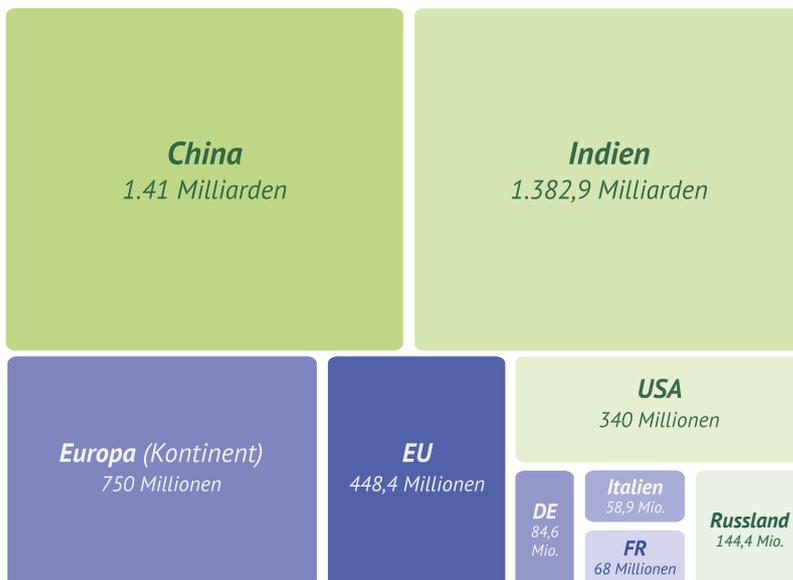


Abb. 1.: Kacheldiagramm zu den Einwohnerzahlen in Europa und weltweit. Daten: Anke Christiansen, Diagramm: Canva.com

Wirtschaft und Handel

Die EU treibt Handel mit zahlreichen nicht EU Ländern. Dabei waren 2021 die Höhe der Importe und der Exporte ungefähr gleich. Der wichtigste Handelspartner ist China, gefolgt von den USA und dem Vereinigten Königreich.

Mit dem Handel der EU Länder untereinander bildet die EU den größten Binnenmarkt weltweit. Deutschland ist als größte Volkswirtschaft auch der größte Einzahler in der EU.

Haushalt und Finanzen

Der EU-Haushalt ergänzt den Haushalt der Bundesrepublik. Er kommt zum Tragen, wenn es effektiver ist, Gelder auf EU-Ebene statt auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene auszugeben. Im Jahr 2020 hat Deutschland ca. 28 Mrd. Euro zu den gesam-

ten EU-Einnahmen von 174 Mrd. beigetragen, also etwa 0,83% des deutschen BIP. Durch den Binnenhandel und die Investitionen der EU in Deutschland, profitiert Deutschland auch in wirtschaftlicher Hinsicht um ein Vielfaches.

Grüne Politik im Europäischen Parlament

Die Fraktion der Grünen/EFA (**Freie Europäische Allianz**) im Europäischen Parlament setzt sich aus Grünen und unabhängigen Abgeordneten, Piraten und Vertreter*innen staatenloser Nation und benachteiligter Minderheiten zusammen. Insgesamt umfasst sie 72 Mitglieder aus 18 Ländern.



Abb. 2.: Logo der Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Quelle: The Greens/EFA in the European Parliament

Weitere Informationen rund um die EU

Wer noch mehr über die Europäische Union erfahren möchte, findet auf diesen Seiten zahlreiche weitere und interessante Informationen:



Einfach QR-Code mit dem Smartphone scannen und mehr spannende Infos erhalten!

Viel Vergnügen und gute Erkenntnisse beim Stöbern und Lesen!

Text und Recherche: Anke Christiansen

QR-Code, links: <https://european-union.europa.eu>, QR-Code, mitte: <https://www.europaimunterricht.de>
QR-Code, rechts: <https://de.statista.com/themen/31/europaeische-union-eu/#topicOverview>

**Abgeordnete der Grünen/EFA
Mitglied des Europäischen Parlaments**

Viola von Cramon-Taubadel

Eine Abgeordnete stellt sich vor



Seit 2019 ist Viola von Cramon Mitglied des Europäischen Parlaments. Als Abgeordnete der Grünen/EFA sitzt sie unter anderem im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) und ist stellvertretende Vorsitzende der Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine.

Sie ist die Osteuropa-Expertin der Grünen im Europäischen Parlament: Viola von Cramon. Jahrzehntelange Erfahrung bringt sie dort seit 5 Jahren ein, im Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und grüne Transformation. Im Rückblick stellt sie fest: *„Wir haben einiges erreicht. Doch die Herausforderungen werden nicht kleiner.“*

Sicherlich die größte dieser Herausforderungen ist der anhaltende Angriff Russlands auf die Ukraine. „Wenn wir es nicht hinkriegen, die Ukraine ausreichend zu unterstützen und auszurüsten, dann können wir auch die Sicherheit unserer Bür-

ger:innen nicht gewährleisten“, sagt Viola, die das Land bestens kennt.

Schon in den 90ern hat sie ein halbes Jahr in Kiew gearbeitet und war seitdem immer wieder vor Ort. Sie hat die demokratische Revolution 2014 miterlebt und den Willen der Ukrainer:innen, das Erreichte zu verteidigen.

Im Europäischen Parlament hat sie die Hilfen für das angegriffene Land eng begleitet. Für das neueste, 50 Milliarden Euro schwere Unterstützungspaket konnte sie erreichen, dass die demokratische Kontrolle und Transparenz über die Mittelverwendung gestärkt wird.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken, das zieht sich als rote Linie durch ihre Aktivität der letzten 5 Jahre. Etwa im Kampf gegen Korruption. Immer wieder drängte Viola die EU-Kommission dazu, mehr gegen Korruption und Gewalt in der rumänischen Holzindustrie zu unternehmen. Illegale Rodungen auch für den deutschen Markt gefährden dort die letzten europäischen Urwälder. Demokratie und Umweltschutz sind hier eine gemeinsame Aufgabe. Ein weiteres Beispiel ist ihr Einsatz für eine weltweit zuständige Anti-Korruptions-Agentur (WACA) im Sport. Nicht zuletzt die WM der Schande in Katar hat gezeigt, wie sehr Korruption dem fairen Sport und den Menschen schadet. Die Verbände schaffen es nicht, das Problem selber in den Griff zu bekommen, also braucht es eine Einrichtung ähnlich der der Anti-Doping-Agentur. Auch wenn die Idee viel Zuspruch erfahren hat, ist der Durchbruch noch nicht gelungen. Doch wenn eines klar ist, dann das: Viola von Cramon lässt nicht locker.





Holzkraftwerk Cuxhaven

Landet wertvolles Holz aus Europas Wäldern

auch im Cuxhavener Ofen?

Nirgendwo in Europa befinden sich so wertvolle und unberührte Wälder wie in den rumänischen Karpaten. Wer - wie ich - zwischen den gewaltigen Eichen, Buchen, Tannen und Fichten stand, vergisst dieses Gefühl so schnell nicht wieder. Doch dieser Naturschatz ist bedroht und wird brutal von einer Holzmafia gerodet. Das hat auch – mindestens indirekt – mit Cuxhaven zu tun.

Hier steht das neue Holzheizkraftwerk kurz vor der Inbetriebnahme. Die Betreiber versichern, dass nur regionales Restholz und Holz aus nachhaltigen Quellen verwendet werde. Das versichern die Betreiber solcher Anlagen allerdings immer. Nur ist das mehr als fraglich, weil es in der Region wahrscheinlich nicht genug „Restholz“ für eine 49-MW-Anlage gibt. Doch selbst wenn das stimmt, bleibt dieses Projekt problematisch: Es erhöht den Druck auf die jetzt schon übernutzten Wälder. Jede Tonne Holz, die in Cuxhaven verbrannt wird, fehlt an anderer Stelle für sinnvollere Zwecke. Das treibt weltweit die Rodung der Wälder voran – auch in Rumänien.

Dort sind die Zustände untragbar. Mehr als die Hälfte des Holzes in Rumänien wird illegal gerodet. Dieser immense Verlust von Klima- und Artenschutzbereichen geht einher mit Geldwäsche, Korruption sowie Bedrohung und Einschüchterung von Aktivist*innen und Journalist*innen. Mehrere Aktivist*innen und Ranger in den Nationalparks wurden in den letzten Jahren getötet. Immer wieder habe ich seit 2019 die EU-Kommission dazu aufgefordert, ein laufendes Vertragsverletzungsverfahren gegen Rumänien

endlich ernsthaft voranzutreiben und Maßnahmen zum Schutz der europäischen Urwälder und der bedrohten Menschen vor Ort zu veranlassen. Doch bis jetzt rührt sich die Kommission nur langsam. So geht die Zerstörung dieser für den Klimaschutz immens bedeutsamen Ökosysteme jeden Tag weiter. Die Ausbeute dieser Kriminalität landet verschleiert auch in Deutschland.

Natürlich sind dafür die Betreiber des Cuxhavener Kraftwerkes nicht direkt verantwortlich. Dennoch: Jede vermeidbare Holz-Nutzung sollte vermieden werden. Gerade für eine Küstenstadt wie Cuxhaven gäbe es bessere, nachhaltigere Alternativen. Leider wird es, wenn es nach den Plänen der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen geht, noch mehr, statt weniger neue Holzkraftwerke geben. Und die CDU fordert in ihrem Wahlprogramm zur Europawahl, alle regenerativen Energien ohne Limit zu fördern, auch Holz. Grüne Energie sieht sicher anders aus.

Ich werde mich im europäischen Parlament auch weiter gegen Korruption und Umweltkriminalität in Europa einsetzen. Beides gehört zum Kampf für Umwelt- und Klimaschutz dazu.

Durch eine kluge Energiepolitik und effektive Maßnahmen gegen illegale Rodungen können wir die Wälder hier und in den Karpaten schützen, sodass auch noch kommende Generationen sich an diesem Schatz der Natur erfreuen können.

**Viola von Cramon, Abgeordnete der Grünen/
EFA & Mitglied des EU-Parlaments**



*Bild oben: Mitglieder von Fridays for Future und den Grünen Cuxhaven demonstrieren vor dem Holzkraftwerk in Cuxhaven
Foto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OV Cuxhaven*

Die Fraktion zum Stand der kommunalen Wärmeplanung Und ein Besuch beim Holzkraftwerk

Es ist Halbzeit bei der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Cuxhaven. Am 06. März hatte die Stadt zur Präsentation der Zwischenergebnisse geladen. Dabei berichtete die EWENetz als Auftraggeberin - in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Ingenieurbüro Enersis - über den aktuellen Stand. Bestands- und Potentialanalyse sind mittlerweile abgeschlossen, als nächstes arbeitet man am Zielszenario mit der verbundenen Wärmewendestrategie.

Auf besonderes Interesse stieß dabei die Vorstellung der vorhandenen Potentiale. Neben einigen vorhandenen Energiequellen wie Kläranlage oder Abwasserkanäle wurde den Themen (Tiefen-) Geothermie sowie Meerwasserwärmepumpe besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Spannend für uns als Fraktion wird es in den nächsten Wochen werden, wenn es um die Aufstellung des eigentlichen Zieles geht, denn die Umstellung auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung ist in Cuxhaven eine besondere Herausforderung, wird die Stadt doch zu ca. 95% mit fossilen Brennstoffen wie Gas oder Öl beheizt.

Dabei bleibt abzuwarten, welche Positionen einerseits die Stadt einnimmt, d.h. welche klaren Ziele in der Verwaltung diesbezüglich formuliert werden. Andererseits sind wir auch gespannt wie die EWE als hiesiger Energieversorger den Spagat meistern wird zwischen dem an Bedeutung verlierenden Gasnetz sowie dem Auftreten neuer Akteure im Erzeugermarkt vor Ort wie z.B. dem Holzheizkraftwerk.

Wer sich weitergehend mit der Diskussion beschäftigen möchte, kann sich die vorgestellten Folien der Veranstaltung hier auf der Homepage der Stadt herunterladen:

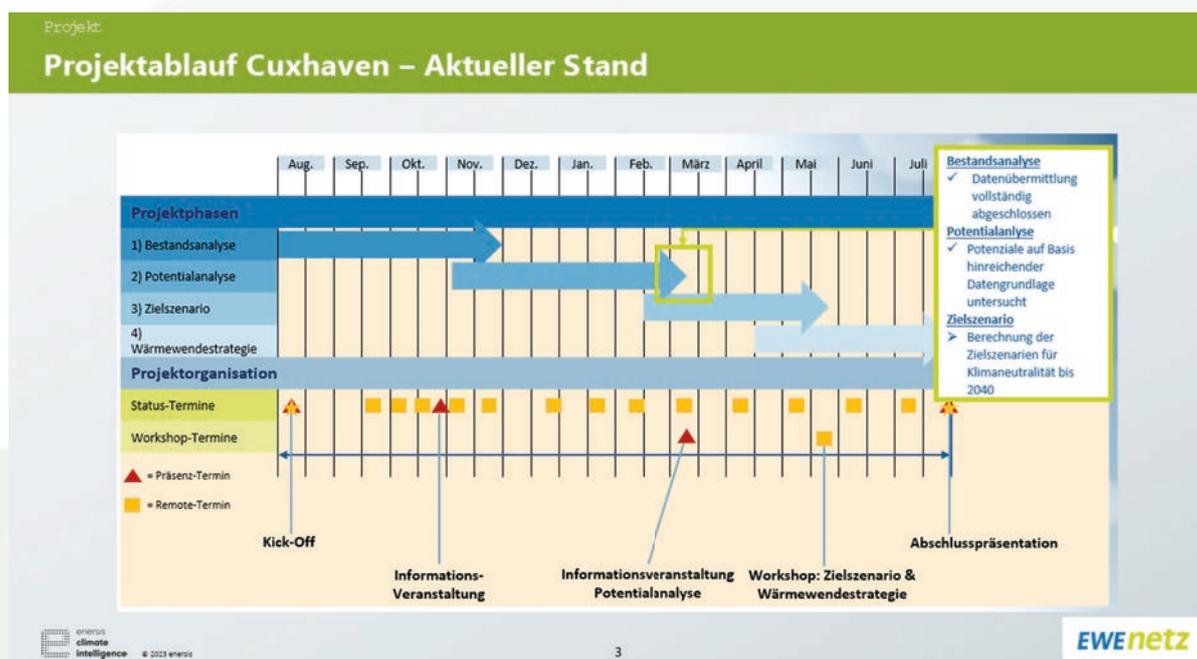


Abb. 1.: Visualisierung des Projektablaufs in Cuxhaven, Quelle: enersis

QR-Code Link zur vorgestellten Präsentation: https://www.cuxhaven.de/_Resources/Persistent/3/7/8/e/378e2f7314a048f57fe753c-cb4951ef819f17e45/Zwischenpr%C3%A4sentation_KWP_Cuxhaven_final.pdf

Apropos Holzkraftwerk:

Wir waren zu Gast auf dem Neujahrsempfang des HHKW und konnten uns vor Ort ein Bild machen von den Vorstellungen, die dort vorherrschen, was die Zukunft des bisher unvollendeten Werkes angeht. Bis 2027 möchte man die Kernbereiche der Stadt anbinden, bis 2030 sogar weiter gehende Areale über Döse, Duhnen bis nach Sahlenburg.

Wir werden weiterhin alles in unserer Macht stehende tun, um dieses unnötige und klimaschädliche



Abb. 1.: geplante Anbindung des Holzheizkraftwerks an die Stadtteile der Stadt Cuxhaven, Grafik: Johannes Sattinger

che Vorhaben, das das Werk einiger, weniger und geldgieriger Menschen ist, politisch zu behindern.

In Zeiten, in denen wir von Kipppunkten des Klimas reden und wir uns die negativen Folgen des menschengemachten Klimawandels direkt vor der Haustür in Borgfeld oder Lilienthal anschauen können, muss es ein schnellstmögliches Ende von Verbrennungsprozessen geben. Das gilt nicht nur für fossile Energieträger, sondern auch für die vermeintlich „CO₂-neutrale“ Verbrennung von Biomasse.

Was darüber hinaus mit Anlagen zur Holzverbrennungsanlagen geschehen kann, sieht man dieser Tage anhand des Biomassekraftwerkes Wicker an der Rhein-Main-Deponie in Flörsheim.

Dieses wurde nach 20 Jahren Betriebszeit abgeschaltet, weil immer mehr erneuerbarer Strom im Netz die Preise für denselbigen am Markt fallen lassen und gleichzeitig der hohe Preis für Altholz das Werk unrentabel machen.

Hoffentlich lesen wir diesen Bericht in der FAZ nicht auch bald über das Projekt in Cuxhaven...

Text: Johannes Sattinger

Wärmenetze für die Stadt Cuxhaven

Welche Möglichkeiten gibt es?

Aufbau von Wärmenetzen

Mit der Erarbeitung eines Wärmeplans für die Stadt wird auch die Frage aktuell, welche Wärmenetze in der Stadt aufgebaut werden sollen. Daher sei hier der Versuch gewagt, ganz kurz verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen.

Welche Möglichkeiten letztlich realisiert werden, bleibt der Verabschiedung des Wärmeplans vorbehalten. Dazu eine Erläuterung des Schaubildes.

(siehe rechts)

Generell lassen sich vier Generationen von Wärmenetzen nach dem jeweiligen Stand der Technik unterscheiden:

1. Generation (1G), erbaut von ca. 1880 bis 1930:

1G besteht in der Regel aus einem mit Kohle oder Müll beheizten Kraftwerk, einem zugehörigen Nahwärmenetz und evtl. einem Dampfspeicher.

Die Vorlauftemperatur liegt bei 200°C, der Rücklauf bei 80°C, die Energieeffizienz ist sehr niedrig.



Die Situation in der Stadt Cuxhaven

In der Stadt wird bislang eine Wärmeleitung nach dem Standard 2G mit leichten Modifikationen zur 3G (Kraft-Wärme-Einkopplung) verlegt. Knackpunkt ist die hohe Vorlauftemperatur von 110°C, die es kostenintensiv macht, ein Gebäude anzuschließen, welches nur 40° bis 60°C im Vorlauf benötigt.

Hier kommt der Hausübergabestation eine entscheidende Rolle zu. Entweder man setzt einen sehr kleinen Wärmetauscher ein, der für die nur benötigte geringe Vorlauftemperatur sorgt.

Der dann naturgemäß sehr hohe Rücklauf macht das System für den Betreiber wenig wirtschaftlich, da seine Feuerung dann eine Rücklauftemperatur von vielleicht 80°C lediglich wieder auf 110°C anheben kann, die dafür erforderliche geringe Feuerungswärmeleistung wahrscheinlich jedoch nicht eingestellt werden kann.

Eine zweite Möglichkeit an der Gebäudeschnittstelle ist der Einsatz eines großen Heizungspufferspeichers, was jedoch mit erhöhtem finanziellem Aufwand verbunden ist und eine zeitliche Taktung der Hausübergabestation erfordert. Dies ist auf alle Fälle in den technischen Anschlussbedingungen des Wärmelieferanten abzuklären, welcher Betrieb der Hausübergabestation vorgeschrieben

wird. Ebenfalls genau zu untersuchen, und vielleicht sogar mit einer Energieberatung abzuklären, ist die Preisgleitklausel des Wärmeanbieters.

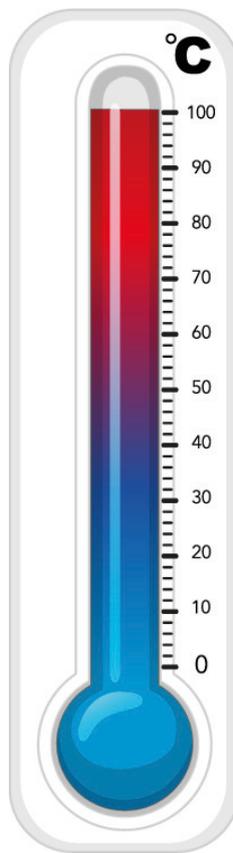
Da Wärmeverträge in der Regel für einen Zeitraum von 10 Jahren abgeschlossen werden, lohnt sich ein prüfender Blick um nicht sehr viel Geld in die Wärmelieferung für ein dafür ungeeignetes Gebäude zu stecken.

Bei Bestandsgebäuden braucht niemand Angst vor einem Anschluss- und Benutzungszwang zu haben. Die gibt die rechtliche Situation nicht her.

Anders sieht es bei Neubaugebieten aus. Hier kann und sollte sogar ein Anschluss- und Benutzungszwang für eine zentrale Wärmequelle ausgesprochen werden, da alle Gebäude auf einen einheitlichen niedrigen Temperaturstandard liegen und entsprechen versorgt werden. Für eventuelle Ausfälle der zentralen Versorgung ist dann im Gebäude nur noch eine Spitzenlastversorgung mit niedrigem Anschlusswert über z.B. eine Wärmepumpe notwendig.

Die Ergebnisse der Vorstellung der Wärmepfanung am 06. März 2024 sind in diesem Text noch nicht eingearbeitet und werden eventuell noch nachträglich kommuniziert.

Text: Norbert Welker



Abbildung, mitte: Symbolbild, Quelle: Freepik.com/brgfx

Anforderungen an die Übergabestationen im Gebäude bei Anschluss von Nah-oder Fernwärme

Steht der Anschluss eines Gebäudes an eine Nah- oder Fernwärmeversorgung zur Debatte, gilt es einige wichtige Aspekte zu berücksichtigen. Die Übergabestation (ÜS) ist das Bindeglied zwischen der Wärme, die von außen kommt und dem Heizsystem im Gebäude. Auf beiden Seiten muss die Station also optimal abgestimmt sein.

Bereitstellung von warmem Trinkwasser

Egal, wie der Heizwärmebedarf versorgt wird, so ist bei allen Anwendungsfällen die Art und Weise zu überlegen, wie der Bedarf an warmem Trinkwasser gedeckt werden soll.

Eine zentrale Bereitstellung über die ÜS erfordert den ganzjährigen Betrieb der ÜS auf einer für die Heizzwecke oft viel zu hohen Temperatur, oder auch wenn es keine Anforderung für Heizwärme gibt. Die zentrale Bereitstellung wird daher in der Regel eher unwirtschaftlich sein. Es bietet sich also entweder der Einsatz eines Trinkwasserspeichers an, der den Trinkwasserbedarf für einige Tage vorhält und dann nur zentral entweder über das Wärmenetz oder elektrisch über die eigene PV-Anlage oder eine kleine Wärmepumpe nachgeheizt wird.

Im Sommer kann dann in der Regel auf die Fernwärmeversorgung vollkommen verzichtet werden.

Eine weitere Möglichkeit ist die dezentrale Bereitstellung an den Verbrauchsstellen. Dies werden in der Regel Durchlauferhitzer sein. Was günstiger ist, hängt von den persönlichen Verbrauchsgewohnheiten ab. Wohnungsgesellschaften werden wohl eher zu dezentralen Lösungen tendieren, da für sie preiswerter und die Kosten vollständig auf die Mieterinnen und Mieter entfallen.

Grundsätzlich (neben vielen weiteren Abwandlungen) gibt es die folgenden Anschlussarten wie die Wärme ins Gebäude kommt:

1. Alle Gebäude vom Standard her gleich:

Im Bestand eher sehr selten, aber bei Neubaugebieten leicht zu realisieren ist ein nach KfW-Standard gleicher Wärmebedarf. Der sollte im Neubau bei KfW 40 oder besser liegen.

Bei der ÜS kann dann auf einen integrierten Wärmetauscher verzichtet werden, da das erforderliche Temperaturniveau in allen Gebäuden gleich ist.

Das Nah- oder Fernwärmenetz versorgt dann gleitend mit den erforderlichen, niedrigen Temperaturen. Dies ist die kostengünstigste Anschlussart.

Immer zu beachten und genau zu studieren sind die „**Technischen Anschlussbedingungen (TAB)**“ und die Preisgleitklausel des Wärmeanbieters. Dazu später mehr.

2. Die anzuschließenden Gebäude haben einen unterschiedlichen Bedarf für das Temperaturniveau:

Dies wird bei Bestandsgebäuden der Regelfall sein. Da die ÜS in der Regel zum Leistungsumfang des Wärmeanbieters gehört, werden die Übergabestationen eingesetzt, die mit dem eingebauten Wärmetauscher einen möglichst weiten Temperaturbereich abdecken.

Für einige Gebäude wird dies effizient sein, für andere Gebäude jedoch ineffizient, sprich: die Wärmeversorgung wird unwirtschaftlich und damit zu teuer.

Weiter geht's auf der nächsten Seite

Es sollte beim Anschluss von Bestandsgebäuden auf alle Fälle eine Energieberaterin/ein Energieberater mit Qualifikation und entsprechenden Referenzen hinzugezogen werden.

Auch hier gilt, ganz genau auf die Art und Weise der Bereitstellung des warmen Trinkwassers zu sehen.

Einige Beispiele für Übergabestationen zeigen die Bilder, die freundlicherweise von der Firma Danfoss zur Verfügung gestellt wurden. (Siehe Abb. 1 & Abb. 2)



Abb. 1.: eine beispielhafte Übergabestation mit angeschlossenem Speicher, Quelle: Danfoss

Technische Anschlussbedingungen (TAB)

Der Bau eines Wärmenetzes ist für den Investor mit hohen Kosten verbunden. Daher ist es die Regel, Wärmelieferverträge für einen Mindestzeitraum von zehn Jahren abzuschließen und den Anschluss über Technische Anschlussbedingungen (TAB) und Preisleitklauseln abzusichern.

Die Gestaltung und Bedeutung dieser Verträge erschließt sich dem Kunden nicht ohne weiteres, wie sehr viele Gerichtsverfahren zeigen, die in den letzten Jahren bis zum Bundesgerichtshof geführt worden sind.

Die ÜS im Gebäude wird in aller Regel vom Wärmelieferanten gestellt, kostet aber natürlich Geld, das sich im Wärmeliefervertrag wiederfindet.

Der Anschlusswillige muss beim Wärmelieferanten einen Lieferantrag stellen, der das Einreichen umfangreicher Unterlagen über das zu beliefernde Gebäude enthält. Ist der Anschluss ausgeführt, so ist vor der Inbetriebnahme der Wärmelieferant zu informieren und die Anlage gemeinsam in Betrieb zu setzen.

Der Wärmebedarf des Gebäudes ist durch den Antragsteller nach der DIN EN 12831, DIN 4708 und DIN 1946 zu ermitteln und mit dem Wärmelieferanten die vorzuhaltende Wärmehöchstleistung bei einer bestimmten Außentemperatur vertraglich zu vereinbaren.

Fernwärmelieferanten gehen bereits dazu über, dass sie die vertraglich zu liefernde Vorlauftemperatur mit Blick auf die gesetzlich vorgeschriebene Dekarbonisierung über die nächsten Jahrzehnte schrittweise absenken und so den Endkunden praktisch zwingen, eventuelle Energiesparmaßnahmen an seinem Gebäude durchzuführen. Sonst reicht die angelieferte Vorlauftemperatur möglicherweise nicht mehr zur Beheizung des Gebäudes aus.

Der Wärmehöchstleistungsregler in der Übergabestation und auch Volumenstrom und Differenzdruckregler sind und bleiben Eigentum des Wärmelieferanten.

Dass diese Anlagenteile bestimmungsgerecht und exakt funktionieren ist essentiell für den Heizbetrieb im Gebäude.

Abweichungen von der Norm kann der Kunde jedoch nur sehr begrenzt selbst kontrollieren. Er kann also durch Fehlmessungen sowohl mehr als auch weniger zahlen als er verbraucht hat.

Um sein Wärmenetz optimal zu betreiben, kann der Wärmelieferant die Rücklauftemperatur aus dem Gebäude vertraglich auf einen bestimmten Wert, der nicht überschritten werden darf, begrenzen. Es liegt dann in der Verantwortung des Kunden, die gelieferte Wärme so abzunehmen, dass die Rücklauftemperatur eingehalten wird.



Foto: Norbert Welker

Bautätigkeiten in der Stadt Cuxhaven

Ein Überblick der aktuellen Projekte

Schlagworte wie Klimawandel, Energiekrise, Verkehrswende, Wärmewende und Meeresspiegelanstieg sind seit Jahrzehnten allgemeines Sprachgut. Die effektive Umsetzung wurde konsequent ebenfalls seit Jahrzehnten verzögert und ausgebremst. Mittlerweile hat sich weltweit jedoch die Erkenntnis durchgesetzt, dass entschlossen und schnell auf vielen Gebieten gehandelt werden muss.

Dem trägt in der Stadt die Kooperationsvereinbarung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Wähler*innengemeinschaft DIE CUXHAVENER konsequent Rechnung.

Doch auch hier ist in Politik und Verwaltung festzustellen, dass es starke Beharrungskräfte auf Althergebrachtem gibt, die ein sofortiges Umsteuern behindern. Um schnell zu Ergebnissen zu kommen, folgt daraus für Die Grünen, dass auf vielen Gebieten Kompromisse aufgrund der Komplexität der Materie eingegangen werden müssen.

Möchten und müssen wir bauen, bedeutet dies:

- dass Flächen versiegelt werden – was wir möglichst vermindern wollen
- dass Verkehr entsteht, den wir umweltverträglich gestalten müssen
- dass Emissionen wie Abgase, Lärm, Licht entstehen, die es gilt weitgehend zu verhindern.

Dies ist nur eine kleine Auswahl um die Komplexität des Themas aufzuzeigen.

Gehen wir einmal einige der gegenwärtigen Bauvorhaben in der Stadt durch und klopfen Sie darauf hin ab, ob sie den Anforderungen der Zukunft standhalten und ob sie, um das inflationär gebrauchte Stichwort „*enkeltauglich*“ zu benutzen, die Anforderungen erfüllen, die in 50 bis 100 Jahren gelten werden.

Hafenentwicklung

Industrie- und Gewerbeansiedlung ist notwendig, um für die Stadt Steuereinnahmen zu generieren. Industrie und Gewerbe müssen dazu aber den steuerpflichtigen Sitz in der Stadt haben, damit Gewinne nicht über Abführungsverträge mit Verlusten verrechnet werden dürfen, die in anderen Teilen der Welt entstehen.

Das größte zusammenhängende Projekt in unserer Stadt ist dabei die weitere Entwicklung des Hafens und des zugehörigen Gewerbegebietes „*Südlich der Baumrönne*“. Hier zeigt sich exemplarisch die Komplexität der Materie.

Seit Jahren wird um die Finanzierung der noch zu erstellenden Liegeplätze 5-7 im Hafen gerungen und dadurch der Bau verzögert. Gleichzeitig wird um Firmen geworben, welche die südliche Baumrönne besiedeln sollen. Hier ist jedoch noch nicht einmal der gesamte notwendige Grunderwerb vollzogen. Für die Brücke, welche die Eisenbahn überspannen soll, tauchen in kurzen Abständen erheblich abweichende Tragfähigkeitsanforderungen auf. Zur Zeit sind wir bei 4000 Tonnen.

Diese Tragfähigkeit sicher im Marschboden zu verankern, ist bislang nicht wirklich angegangen worden. Ebenso sind keine Fortschritte festzustellen, wie das künftige Gewerbegebiet an die **B 73** angeschlossen werden soll. Abbiegestreifen oder ein Kreisverkehr sind im Gespräch.

Fest steht bislang nur, dass ein Vollerwerbslandwirt große Teile seiner bewirtschafteten Flächen verlieren wird, dass Anwohner*innen der Alten Marsch entweder ihr Haus aufgeben müssen, oder mit Industrie in unmittelbarer Nachbarschaft auskommen müssen. 106 Hektar müssen allein als Ausgleichsfläche von der Stadt bereitgestellt werden, wenn es zur Bebauung kommt.

Kein gutes Gefühl für die Grüne Seele, jedoch unausweichlich, soll die Stadt zum einen vom Ausbau der Windkraft auf See profitieren und eben Steuereinnahmen generieren.

Die Gewerbeansiedlung allein tut es jedoch nicht, sollte für die künftig an der Baumrönne arbeitenden Menschen kein adäquater Wohnraum in der Stadt angeboten werden können und es erfolgt eine Abwanderung in das Umland. Einkommenssteuer wird am Wohnort entrichtet. Auch hier gilt es, in der Stadt eine Bautätigkeit auf den Weg zu bringen, die eigentlich die Quadratur des Kreises erfordert: keine Versiegelung, kein Verkehr, keine Emissionen und das alles zu sozial verträglichen und bezahlbaren Preisen.

Ausgehend von der Hafenenwicklung führt jedoch an der Wohnbauentwicklung kein Weg vorbei. Gehen wir einige Beispiele, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, durch.

Duhner Spitze

Aus grüner Sicht ein Projekt, das nie hätte gestartet werden dürfen. Viel Verkehr an einer Stelle, die keinerlei Verkehr verträgt und die Umsetzung des Verkehrskonzeptes für Duhnen zu einem Ding der Unmöglichkeit macht. Zudem eine Bauweise, die voll auf Beton setzt, keinerlei Nachhaltigkeit erkennen lässt, die Entwässerung von Duhnen verschärfen wird und eine wertvolle Fläche fast vollständig versiegelt. Dafür als Ausgleich einige kleine Bäumchen in Holte-Spangen zu pflanzen, wiegt den Verlust an naturnaher Fläche nicht auf.

Auch die spätere Nutzung der Wohnanlage als Kurzzeitpflege und Ferien- und Zweitwohnungssitz ist nicht in die Grüne Sicht einzuordnen. Von den künftigen Pflegesätzen und den geforderten und offenbar auch gezahlten Quadratmeterpreisen hier nicht zu sprechen.

Am Böhlgraben

Ursprünglich angezeigt als Gewerbeansiedlung, die durch den angemeldeten Bedarf hoffnungslos überzeichnet ist und die Politik zur Erstellung eines Kriterienkatalogs für die Reihenfolge der Grund-

stückvergabe veranlasst hat, bleibt in der Gegenwart nur ein sehr überschaubarer Bedarf übrig. Coronakrise, Ukrainekrieg, Preissteigerungen und Mangel an Fachkräften und Material müssen als Entschuldigung für die Nichtrealisierung vieler Projekte herhalten.

Verschiedene Bauvorhaben in Döse

Nach anfänglich offenbar erfolgreicher Vermarktung sind zwei Bauprojekte in Döse mittlerweile von Insolvenzverfahren betroffen. Der Gedanke könnte sich einstellen, dass hier von der Bauherrin mit einem Schneeballsystem vorgegangen wurde, das, nachdem es an seine Grenzen gestoßen war, zusammengebrochen ist.

Hinterlassen hat es bislang private Eigentümer, die wohl teilweise ebenfalls vor einer Privatinsolvenz oder Schlimmerem stehen. Die Stadt könnte sich theoretisch in das Insolvenzverfahren einschalten und unter Umständen die beiden Bauvorhaben aus der Konkursmasse herauskaufen. Dies würde aber eine finanziell entsprechende Ausstattung einer (noch zu gründenden) städtischen Baugesellschaft erfordern oder aber es müssten die entsprechenden Finanzmittel für die städtische Siedlungsgesellschaft bereitgestellt werden.

Beide Optionen sind nicht in Sicht. Auch das Apartmenthaus am Strichweg lässt keinerlei Anzeichen einer nachhaltigen Bauweise erkennen.

Hier wurde auf minimaler Grundfläche das maximale Raumangebot realisiert. Dass dabei der Lauf der Döser Wetter gravierend verändert und kanalisiert wurde, wird erst bei einem der nächsten Starkregenereignisse mit nachfolgender Überflutung festgestellt werden.

Ob die Apartments dem Bedarf der Cuxhavener Bevölkerung entsprechen, wird sehr stark angezweifelt.

Kommen wir zu einem Vorhaben, das die Grüne Ratsfraktion mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet:

Schlossparkquartier

Mit dem Schlossparkquartier wird die Entwicklung in und am ehemaligen Marinehospital bezeichnet. So wünschenswert der Erhalt der Substanz des Marinehospital ist, so kritisch ist jedoch die Veränderung und wohl teilweise Beseitigung des Baumbestandes zu betrachten.

Es wiegt jedoch auch schwer, die Entwicklungsmöglichkeit der Achse Deichweg (demnächst mit hoher Förderquote umzugestalten), Nordersteinstrasse,

Schlossgarten und weiter in Richtung Abschnede zu ermöglichen.

Dass zur Finanzierung des Marinehospitals die beiden Neubauten im Wald, oder bei anderer Sehweise, im wiederherzustellenden Parkgelände benötigt werden, ist nachvollziehbar.

Auf alle Fälle werden die Grünen versuchen, möglichst viele Vorstellungen von Nachhaltigkeit, reduzierten Anforderungen an Autostellplätze und den Erhalt des Baumbestandes umzusetzen.

Ausgleichsmaßnahmen werden erforderlich sein. Es bietet sich hier die Herstellung einer neuen Radwegverbindung von der Innenstadt nach Stickenbüttel und Sahlenburg an.

Der neu zu schaffende Wohnraum wird jedoch kaum unter € 15 pro Quadratmeter zur Verfügung gestellt werden können. Dies gilt gegenwärtig nach Rücksprache mit Baufachleuten insgesamt für den Wohnungsbau. Preisgünstigen Wohnraum hier und heute zu erstellen, wird sich als Herkulesaufgabe für und in der Stadt erweisen. Vollkommen neue Denk- und Finanzierungsansätze werden notwendig sein.

Baugebiet Döse zwischen Strichweg und Bäderring

Völlig überraschend und ohne jegliche Vorbereitung oder Möglichkeit zur Diskussion wurde hier vom Landkreis für den Neubau der Schule am Meer ein Gelände auf der anderen Seite des Bäderrings ins Gespräch gebracht.

Der Vorschlag des Landkreises sollte von den Kreistagsausschüssen in einer Nacht- und Nebelaktion beschlossen werden. Zum Glück gelang es den Kooperationspartnern den vorgesehenen Beschluss so abzuändern, dass noch eine Entwicklungsmöglichkeit des ursprünglichen Planes gegeben ist.

Eine Verlagerung des Bauvorhabens auf die südliche Seite des Bäderrings bedeutet die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens mit voraussichtlich notwendiger Umweltverträglichkeitsprüfung, was zumindest eine jahrelange Verzögerung des Neubaus bedeuten würde.

Ob überhaupt Baurecht geschaffen werden kann, ist aus heutiger Sicht höchst zweifelhaft.

Die Mittelbereitstellung des Landkreises für den Neubau wäre damit hinfällig.

Beim Monopoly würde das bedeuten, gehe auf Anfang. Für das Gelände zwischen Strichweg und Bäderring könnte sofort ein Bauantrag gestellt werden.

Insgesamt schwebt den Grünen für dieses Baugebiet die Umsetzung der eingangs erwähnten zukunftsfähigen Ideen vor.

Hier bietet sich die einmalige Gelegenheit, ein innerstädtisches Gebiet, im Besitz der Stadt, nachhaltig für die nächsten 100 Jahre zu gestalten.

Für die Grünen bedeutet dies, nachhaltige Bauweise überall, Nutzung regenerativer Energien, aktive Regenwassernutzung und aktive Regenwasserrückhaltung. Bislang vorgelegte Ideenskizzen erforderten allesamt eine erhebliche Fläche für Regenwasserrückhaltung, da die Döser Wettertern bereits heute an ihre Grenzen gekommen ist.

Geschosswohnungsbau kann mit einem Architekturwettbewerb der Bevölkerung vorgestellt werden. Prämisse dabei muss sein, preisgünstig und sozial verträglich zu bauen.

Welche Verkehrsflächen vorzusehen sind, richtet sich nach den Architekturentwürfen. Die Grünen stellen sich ein Minimum an Verkehrsflächen und dafür Flächen zur Umsetzung von Aufenthalts- und Lebensqualität vor. Eine erste Ideensammlung lässt deutlich erkennen, dass Neubau der Schule, Geschosswohnungsbau und Eigenheime auf der Fläche nebeneinander realisiert werden können.

Auch die ins Gespräch gebrachte Errichtung eines Geschäftes zur Deckung des täglichen Bedarfs könnte sich bei entsprechender Planung im Bereich des Strichwegs realisieren lassen.

Dies ist nur eine kleine Auswahl gegenwärtiger Bauprojekte. Allen gemein ist jedoch, dass sie nur sehr bedingt enkeltauglich sind und wir alle Anstrengungen in sehr kurzer Zeit unternehmen müssen, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, die Energiewende zu vollziehen und dass wir den Menschen und nicht den Maschinen den Lebensraum Stadt zurückgeben müssen.

Text: Norbert Welker

Bericht aus dem Stadtrat

Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Bau und Demografie

Seit Erscheinen der letzten Ausgabe der Grünen Welle gab es neun Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität, Bau und Demografie (kur AfSMBD) mit jeweils umfangreichen Tagesordnungen. Dabei wurden viele Themen erfolgreich vorangebracht, leider gibt es aber auch manchmal die Tendenz, dass keine wirklichen Fortschritte erkennbar sind.

Baulückenkaster und Tiny Houses

So wurde bereits vor fast einem Jahr angekündigt, dass das Baulückenkataster kurz vor der Fertigstellung und öffentlichen Präsentation stehe. Leider ist dies bis Februar 2024 noch nicht geschehen.

Wichtig ist dies, da es ein wesentlicher Baustein für die baulichen Realisierungsmöglichkeiten der sogenannten Tiny Houses ist. Sogenannt deshalb, weil es durchaus unterschiedliche Auffassungen gibt, was denn nun ein Tiny House ist.

Die ursprüngliche Definition in der Stadt war, dass es sich um ein Gebäude mit Rädern handeln muss, für das ein Straßentransport möglich ist. Im Laufe der Diskussion wandelte sich die Auffassung dahin, dass es ein Gebäude mit Bedarf an nur geringer Grundstücksfläche ist. Dazu wurde in der Bauleitplanung von dem Grundsatz einer Mindestgröße der Grundstücke abgewichen, sodass es nun in jedem Baugebiet möglich ist, einen Bauantrag für ein Grundstück mit Tiny-Format, d.h. in der Größe von ca. 100 m² zu stellen.

Sehr hilfreich dabei wäre natürlich das bereits erwähnte Baulückenkataster, da es sich bei Baulücken in der Regel um Flächen handelt, die für den herkömmlichen Bau von Einfamilienhäusern zu klein oder zu schlecht geschnitten sind.

Neubau der Schule am Meer

Ein anderer, zunehmend ärgerlicher, Punkt ist die Planung des Neubaus der Schule am Meer.

Hier gibt es seit gut einem Jahr keine erkennbaren Fortschritte. Die Stadt hat sich bekanntlich bereit erklärt, das gesamte Grundstück des ehemaligen Hof Bunde zur Verfügung zu stellen, die Schule hat ebenfalls bereits seit sehr langer Zeit den Raumbedarf aufgegeben.

Der Stand im Februar 2024 ist, dass offenbar der

Grundstückskauf vom Landkreis noch nicht vollzogen ist, der jedoch erst stattfinden kann, wenn der vom Landkreis offenbar beabsichtigte Architekt*innenwettbewerb durchgeführt worden ist und ein Siegerentwurf einstimmig oder mehrheitlich mit der entsprechenden Ausweisung der wirklich benötigten Quadratmeter Grundstücksfläche ausgewählt wurde.

Vollkommen unverständlich daher, dass die Februar-Sitzung des Schulausschusses des Landkreises ersatzlos gestrichen worden ist und der nächste Schulausschuss nunmehr im Juni 2024 stattfinden soll.

Da der Landkreis aber eine Richtungsvorgabe machen muss, bevor die Gremien auf der Ebene der Stadt tätig werden können (und nach Baurecht auch müssen) um das erforderliche Bauleitplanverfahren in Gang zu setzen, sind für die Schule am Meer nicht hinnehmbare Zeitverzögerungen unausweichlich.

Dies wird gravierende Folgen für den Zeitplan aber



Großraummodul SILVA als zweistöckiges modulares Gebäude, (Bildrechte Rudolf Hörmann GmbH & Co KG)

aller Voraussicht auch auf das dann möglicherweise höhere Zinsniveau und damit letztlich auf den Baupreis haben.

Grodener Chaussee

Ein weiterer Punkt des Stillstands ist bei dem geplanten Gartenmarkt an der Grodener Chaussee festzuhalten. Dies ist offenbar dadurch bedingt, dass es bislang keine Lösung des verkehrstechnischen Problems der fehlenden Linksabbiegemöglichkeit bei Ausfahrt aus dem Betriebsgelände gibt. Die vorgeschlagene Änderung und teilweise Verlegung der Ampel im Bereich des Lidl-Marktes ist möglicherweise ein Grund für die Verzögerung der Realisierung.

Generalentwässerungsplan Cuxhaven

Ein weiteres, jetzt schon über ein Jahrzehnt andauerndes Problem ist der Generalentwässerungsplan der Stadt.

Häppchenweise werden lange bekannte Defizite der Entwässerung angegangen, immer mit der Argumentation, dass der Bevölkerung keine übermäßige Erhöhung der Entwässerungsgebühren zugemutet werden kann.

Unberücksichtigt bleibt dabei, dass es wahrscheinlich für viele von Überflutungen Betroffene keinen Elementarversicherungsschutz mehr gibt oder er nur mit sehr teuren Policen erhältlich ist.

Wenn dann noch, wie es in der Innenstadt zur Zeit mit dem Neubau der Hauptsammler I und II geschieht, die in den kommenden Jahren zu erfüllenden Auflagen aus der europäischen Wasserrahmenrichtlinie unbeachtet bleiben, sind erhebliche Mehrkosten für die Bevölkerung zu erwarten. So wird der neue Hauptsammler ohne jegliche Vorreinigung des Oberflächen- und Niederschlagswassers mit unter anderem dem Abrieb von Autoreifen und Bremsen direkt über den Schleusenpriel in die Nordsee gepumpt.

Ähnliche Lösungen mit Pumpen direkt in das Weltenerbe Wattenmeer werden in Sahlenburg im Rahmen des Hochwasserschutzes geplant und in Duhnen im Bereich der Satelsrönne praktiziert.

Neues aus dem Alten Fischereihafen

Es gibt jedoch auch Erfreuliches zu berichten. So kommt die Neugestaltung des Alten Fischereihafens, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, doch entscheidend voran. So ist die erforder-



Anstelle der Brücke „Am Slippen“ haben die Landschaftsarchitekten an den jeweiligen Deichenden vorgesehen, die Fußgänger über Rampen „sanft“ auf den Deich und wieder herunter zu führen. Alle Wegführungen werden neu gepflastert beziehungsweise durch farblich gestalteten Asphalt aufgewertet. Grafik: Treibhaus Landschaftsarchitektur Hamburg, Hamburg mit Ingenieurbüro für Straßen- und Tiefbau Tjardes, Rolfs, Titsch Part GmbH, Schortens

liche Sanierung der Kaimauer nun wohl zumindest planungstechnisch bewältigt, die erforderliche Umsetzung innerhalb der vorgegebenen Frist bleibt eine Herausforderung für alle Beteiligten.

Der unausweichliche Abbruch des denkmalgeschützten Alten Eiswerks im Hafen ist für die Grüne Ratsfraktion Anlass, sich konzentriert mit dem Stellenwert des Denkmalschutzes in der Stadt auseinanderzusetzen. Dies vor dem Hintergrund, dass es in der Stadt etwa 200 geschützte Objekte gibt und dass dies auch vor dem Hintergrund der kommenden Wärmeplanung und der dabei sicherlich notwendigen energetischen Sanierung vieler Objekte zunehmend an Bedeutung gewinnen wird.

Fortschritte beim Thema Mobilität

Große Fortschritte gibt es im Bereich der Mobilität. So bekommt die gerechte Aufteilung des Verkehrsraumes zunehmend an Bedeutung.

Grüne Bestrebung dabei ist vorrangig, die Schwachen zu schützen. So soll es in Zukunft der Normalzustand werden, dass sich kleine Kinder in der Stadt selbstständig bewegen können ohne dass die Eltern besorgt sein müssen. Gleiches gilt natürlich auch für andere, dem Auto natürlich unterlegene, Teilnehmer*innen am Stadtverkehr wie alte Menschen oder Menschen mit einem körperlichen Handicap und auch nicht von einem Blechmantel Geschützte wie kleine und große Radfahrer*innen.

Dies subsummiert unter dem Stichwort, die Aufenthaltsqualität und damit die Attraktivität der Stadt zu erhöhen.

Der Planungsprozess für das Stadtentwicklungsprojekt Deichband und die angrenzenden Straßen ist dabei ein gutes Beispiel.

Ein offener Planungsprozess mit weitreichenden Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit, eine Auswahl der eingereichten Realisierungsvorschläge durch ein kompetent besetztes Preisgericht und die jetzt im Frühjahr 2024 laufende nochmalige Beteiligung der Öffentlichkeit mit der Bitte, Stellungnahmen und Vorschläge zu dem prämierten Gestaltungsvorschlag für die Deichstraße einzureichen, erfüllt die Grüne Forderung nach umfassender öffentlicher Beteiligung in vollem Umfang.

Sehr zu begrüßen ist auch, dass parallel zur Entwicklung der Deichstraße eine bevorrechtigte Fahrradverbindung von der Schillerstraße zum Bahnhof eingerichtet wird.

Hervorzuheben ist auch, dass das Stadtsanierungs-

gebiet Lehfeld kurz vor dem erfolgreichen Abschluss steht und das Sanierungsgebiet Süderwisch in die letzte Realisierungsphase eintritt.

Neubauvorhaben

In Angriff genommen wurden auch einige Neubauvorhaben, wobei der Grüne Anspruch, Flächenversiegelung und Rückgang von Stadtgrün und Bäumen zu vermeiden, in der Regel konfliktträchtig ist mit dem Anspruch und der Notwendigkeit neuen, zusätzlichen Wohnraum in der Stadt zu schaffen.

Wir Grünen achten jedoch sehr stark darauf, dass der Verlust so gering wie möglich gehalten wird und entsprechender und auch ansprechender Ersatz geschaffen wird. Dies ist zum Beispiel bei dem Umbau und eventuellen Neubau des alten Marinehospitals im Schloßpark und auch den geplanten Neubauten auf dem Gelände der Grimershörnka-serne der Fall.

Die angesprochenen Planungen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus den über 150 Tagesordnungspunkten des Ausschusses für Stadtplanung, Mobilität, Bau und Demografie des vergangenen Jahres. Nicht erwähnt wurden zum Beispiel die etwa 100 Hektar umfassende Entwicklung des Hafengeländes, die Herstellung der Liegeplätze 5-7 im Hafen, der Schutz des Brockeswaldes und die in der Erarbeitung befindliche Baumschutzsatzung der Stadt.

Sehr große Zugeständnisse in Bezug auf die Inanspruchnahme städtischen Grüns machte die Ratsfraktion auch beim nun endlich beginnenden Ersatzbau für die Rundturnhalle.

Da nicht alle Themen im Rahmen eines Beitrags zur Grünen Welle angesprochen werden können, hier noch einmal der Hinweis, dass die Grüne Ratsfraktion ihre Fraktionssitzungen öffentlich abhält und alle Interessierten herzlich eingeladen sind, daran teilzunehmen und Fragen und Anregungen einzubringen.

Text: Norbert Welker

Hinweis

Sitzungen der Grünen Stadtratsfraktion finden jeweils Montags um 16:00 Uhr im Gemeinschaftsbüro in der Deichstraße statt.*

Gäste, die ein Anliegen haben, können sich per E-Mail unter info@cux-gruene.de anmelden.

**Außer an Montagen nach Ratssitzungen und Feier- bzw. Ferientagen.*



Keine Fahrradstraßen

für die Stadt Cuxhaven?

Die geplanten Fahrradstraßen wurden von der Verwaltung abgelehnt und fanden jetzt auch im Rat keine Unterstützung mehr. Bedeutet dies, das Ende der fahrradfreundlichen Stadt Cuxhaven?

Nein, keineswegs. Konkret gibt es für die Fahrradstraße Stickenbüttler Dorfstraße schlicht keine Notwendigkeit. Darüber hinaus würde der Anschluss an den Karl Waller Weg ein komplettes Parkverbot entlang der Fahrradstrassen bedeuten.

Das würde in der Folge zu deutlich höheren Geschwindigkeiten der MIV (**motorisiertem Individualverkehr**) führen. Daraus folgt eine steigende Gefährdung für Radfahrende und Fußgänger:innen. Deswegen wird in diesem Bereich die Idee Fahrradstrasse nicht weiter verfolgt.

Bei den geplanten Fahrradstraßen Schulstraße und Strichweg in Cuxhaven ließt sich die Begründung etwas anders. Allerdings wird die Schulstraße in absehbarer Zeit ein Verkehrsprojekt werden. Das bedeutet, dass in der Schulstraße möglicherweise über die Ausbaustandards einer Fahrradstraße hinaus Sicherheit für Schülerinnen und Schüler geschaffen wird.

Es ist schon lange Wunsch vieler Cuxhavener den Strichweg sicherer für den Radverkehr zu gestalten. Hier besteht der Plan, Sicherheit durch ein gutes Miteinander von Radverkehr und MIV zu gestalten. Mit fahrbahnfüllenden Fahrradpiktogrammen und einem Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen soll hier die Sicherheit gefördert werden. Dadurch sollen auch die Gehwege von Radfahrenden befreit werden um auch hier die Sicherheit zu erhöhen.

Eine wichtige Radwegverbindung vom Lotsenviertel zum Bahnhof soll noch in diesem Sommer gestaltet werden. Zumindest eine Radroute vom Grünen Weg, über die Friedrich-Karl-Straße bis zum Schwarzen Weg wird dann für den Radverkehr freigegeben.

Aus der Bettelampel an der B 73 soll dann eine bedarfsgesteuerte Ampel werden. Radfahrende werden schon während der Anfahrt erfasst und eine Ampelschaltung initiiert.

Die Friedrich-Karl-Straße und der Schwarze Weg erhalten in diesem Zuge eine radfreundliche Fahrbahn. Später soll diese Route durch den Wasserturmpark bis zum Bahnhof verlängert werden.

Trotzdem bleiben viele Aufgaben bestehen. Eine große Herausforderung sind sicher die Geh- und Radwege an der Altenwalder Chaussee. Hier arbeitet die Fraktion auch immer eng mit der Verwaltung zusammen. Trotzdem werden sich die Cuxhavener:innen noch auf einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren einstellen müssen, bevor hier alles neu gebaut wird.

So werden gute und schnell umsetzbare Projekte vorgebracht. Die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmende wird steigen. Fussgänger und Radfahrende first. Mehr Platz für Radfahrende bedeute auch mehr Platz auf Gehwegen. Für eine lebenswerte Stadt Cuxhaven.

Text: Thorsten Larschow

Fährverbindung

Cuxhaven – Brunsbüttel

Die brauchen wir wieder!

Die „Greenferry I“ im Hafen, sie fuhr zuletzt auf dieser Verbindung (Foto: Grüne Cux)

Greenferry 1 – so hieß das etwa 120 Meter lange Fährschiff, das zuletzt im Jahr 2021 zwischen Cuxhaven und Brunsbüttel verkehrte und in etwa einer Stunde die andere Seite erreichte.

Die Nachfrage war groß, im Sommer waren sogar Fahrten mit rund 200 Fahrzeugen ausgebucht, und auch viele Touristen freuten sich über den kurzen Weg über die Elbe. Doch nach nicht mal einem Jahr war Schluss – keine Coronahilfen, Verteuerung des Treibstoffes, und letztendlich die Einstellung der Verbindung.

In den Jahrzehnten davor waren schon weitere Fähren auf dieser Strecke in Betrieb, die alle keinen dauerhaften Bestand hatten.

So ist erst mal weiterhin Wischhafen – Glückstadt die einzige Möglichkeit, um vor Hamburg eine Auto-Fähre nach Schleswig-Holstein zu nutzen. Und diese fährt oft nur eingeschränkt, weil Hafenschlick, Niedrigwasser oder Sturmfluten die Anleger beeinträchtigen. Die Schiffe sind veraltet und neue sind in Überlegung. Oft kommt es zu Wartezeiten über mehrere Stunden.



Fähranleger am Cuxhavener Steubenhöft (Foto: Grüne Cux)

Im letzten Jahr hat die Förde-Reederei FRS aus Flensburg die Wischhafen-Fähre übernommen. Anschließend kaufte sie Anfang 2024 auch den Fähr-Anleger Brunsbüttel, um dort einen Haltepunkt für den Helgoland-Katamaran zu schaffen, der ab März täglich von Hamburg über Cuxhaven fährt.

Damit gibt es nun zumindest eine touristische Verbindung für Fußgänger und Radfahrer, aber nur 1 x täglich an 3 Wochentagen, auch zu einem vergleichsweise hohen Preis, der wesentlich über dem

für eine normale Fährfahrt liegt. Ein Ersatz für die Elbeferry ist dies in keiner Weise.

Im Gespräch mit der Stadt Cuxhaven, die sich seit Jahren für eine dauerhafte Fährverbindung einsetzt, hat die FRS lediglich eine Option benannt für den Fall, dass sich die wirtschaftliche Situation zugunsten dieser Fährstrecke ändert.

Zunächst will man bei FRS diese Verbindung nicht, der Anleger Brunsbüttel werde aber so gestaltet, dass er kurzfristig auch für die Autofähre einsatzbereit wäre. Dabei wäre es für die FRS durchaus möglich und interessant, die Reederei kann passende Fährschiffe besorgen und hätte eine Alternativroute, wenn es in Wischhafen Probleme gibt.

Die Nachfrage für Elbe-Überfahrten – sowohl gewerblich als auch privat – dürfte steigen, denn nahe Brunsbüttel wird bei Heide das neue Northvolt-Werk mit 3000 Arbeitsplätzen gebaut und der Cuxhavener Hafen soll in absehbarer Zeit erweitert werden. Ob sich die rund 30 km lange Fährstrecke alleine ohne jeden Zuschuss wirtschaftlich trägt – das muss aufgrund der Vorerfahrungen jedoch bezweifelt werden.

Entscheidend wird auch sein, ob bei Drochtersen ein Elbtunnel gebaut wird oder nicht. Weiterhin laufen Diskussionen, ob Fährverbindungen vom Gesetzgeber zukünftig als Teil des öffentlichen Nahverkehrs gesehen werden und so mehr öffentliche Zuschüsse bekommen können.

Die Cuxhavener Grünen treten für eine zukunfts-sichere Fährverbindung von Cuxhaven nach Brunsbüttel zusätzlich zur Wischhafen-Fähre ein und sehen beide als beste Alternative zu einem milliardenteuren Tunnel und einer Küstenautobahn. Angesichts der Finanzlage des Bundes und der Dringlichkeit anderer Straßenprojekte, wie z.B. Brückensanierungen ist zu erwarten, dass die Küstenautobahn auf längere Sicht nicht gebaut werden wird.

Text: Christof Lorenz



Abbildung 1

Ex-Bürgermeister Bleicken

War er ein Demokrat?

Bleik Max Bleicken war über lange Jahrzehnte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik vom 01. Juni 1907 bis zum 31. Mai 1931 Bürgermeister der Stadt Cuxhaven. Einen Oberbürgermeister gab es aufgrund der Einwohnerzahl in dieser Zeit nicht. Bleicken hat sich viele Verdienste erworben, etwa beim Aufbau der Verwaltung und bei der Planung kommunaler Gebäude.

Ein Gebäude, das kurz nach Beendigung seiner Amtszeit in einem 1. Bauabschnitt eröffnet wurde, ist die Rathauschule. Diese wurde ihm zu Ehren 1949 in Bleickenschule umbenannt. Auffällig ist, dass diese Ehrung schon zu Lebzeiten Bleickens erfolgte, er starb erst 10 Jahre später am 18. Juni 1959 in Cuxhaven.

Hier möchte ich kurz auf die Reaktion von Bleicken auf den rechtsradikalen Terror mit zahlreichen Morden in der Phase der Gründung der Weimarer Republik Anfang der 1920er Jahre eingehen.

Bereits während des Kapp-Putsches 1920 wird sich in den Zeitungen oder auf Flugblättern von den städtischen Stellen und Bürgermeister Bleicken nicht geäußert. Es galt wohl die Devise: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“

Bei den Aktionen gegen die rechtsradikalen Verschwörer um Kapp stand in Cuxhaven die örtliche Arbeiterbewegung unter Wilhelm Heidsiek und Karl Olfers gegen das Militär und anfangs auch gegen den hamburgischen Amtsverwalter Dr. Sthamer.

Nach der Ermordung des Zentrum-Politikers Matthias Erzberger durch Rechtsradikale im August 1921 kam es in Cuxhaven zu einer Demonstration mit Kundgebung am 31. August 1921 (siehe Abbildung auf der rechten Seite).

Der Demonstrationzug zog dabei am Rathaus vor-

bei zur Schillerstraße. Hier gab es eine Auseinandersetzung mit dem Bürgermeister Bleicken, der zu diesem Zeitpunkt den Liberalen der Deutschen Demokratischen Partei angehörte, sich wohl aber mehr als überparteilich statt als Bürgermeister aller Cuxhavener ansah.

Es ging einmal um die Beteiligung der städtischen Beamten an der Demonstration und um eine Rede zu den Teilnehmern der Demonstration, die ja die Republik und die Verfassung verteidigten.

Wilhelm Heidsiek bat den Bürgermeister, als der Zug beim Rathaus war, um eine solidarische Rede; dies lehnte Bleicken ab.

Während der Zug weiterzog und die Spitze der Demonstration mit Heidsiek schon in der Schillerstraße war, kam eine weitere Gruppe von Arbeitern, etwa 12-15 Mann, in das Büro des Bürgermeisters und bedrängten Bleicken, es wurde wohl auf den Tisch gehauen und es fielen gewalttätige Worte. Erst als ein Eisenbahnangestellter meinte, er könne nicht für die Menge garantieren, die äußerst erregt war und eventuell das Rathaus stürmen würden, folgte Bleicken und sprach einige Wort der Verurteilung des Mordes. Zu einem Sturm auf das Rathaus oder zu Gewalttätigkeiten gegen Bleicken kam es danach nicht.

Bleicken distanzierte sich anschließend in einem offenen Brief an den Vorsitzenden der örtlichen

Abb. 1: Historische Aufnahme der Rathaus- (Bleicken-) Schule, heute mit zwei Schulen: der Grundschule Gorch-Fock-Schule und der Oberschule Cuxhaven-Mitte, (Bildquelle: Stadtarchiv Cuxhaven, im Mai 1961)

SPD, B. Michael, von dieser Aktion und verwies auf die eigene Resolution, die auch die DDP in Cuxhaven unterzeichnet hatte.

Heidsiek kritisierte das Verhalten Bleickens als Beamter der Republik, der auch schon während des Kapp-Putsches eine ambivalente Haltung zur Verfassung der Republik gezeigt hatte. Er meinte, dass sich Bleicken nichts vergeben hätte, wenn er gleich mit ihm herausgegangen wäre und zur Menge gesprochen hätte. Die Rede von Bleicken kritisierte er, es sei gut gewesen, dass kaum einer diese verstanden hätte, so dürftig sei der Inhalt gewesen.

Von der Nicht-Teilnahme der Beamten an der Arbeitsniederlegung und der Demonstration sprach Heidsiek den Bürgermeister „frei“, es sei vielmehr die Beamtenschaft selbst gewesen, die nicht bereit gewesen wäre, die Proteste zu unterstützen.

Ein Jahr später, im Juni 1922, wurde der damalige Außenminister und Liberale, Walther Rathenau von Rechtsradikalen ermordet. Auch in Cuxhaven fand daraufhin eine große öffentliche Versammlung statt, initiiert von der örtlichen Arbeiterbewegung.

Die Kundgebung selbst fand vor dem Kriegerdenkmal am Kaemmererplatz statt, das mit den Fahnen Hamburgs und der Republik auf Halbmast geschmückt war. Als Rednertribüne diente ein Balkon im ehemaligen Gemeindehaus an der Ecke Deichstraße/Kaemmererplatz.

Für die Liberalen der DDP sollte zuerst der Bürgermeister Bleicken reden, dieser war angeblich verhindert, weil er eine Dienstreise nach Hamburg antreten musste. Dafür sprachen aus Hamburg Dr. Brinkmann (DDP) und der Cuxhavener SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Karl Olfers.

Olfers wies darauf hin, dass hier in Cuxhaven hunderte Arbeiter für einen Industriellen ihr Haupt entblößten und um ihn trauerten. Den Deutsch-Nationalen gab er die Schuld am

Mord, diese hetzten erst in ihren Zeitungen und im Parlament und würden jetzt nach der Ermordung Krokodilstränen vergießen.

Olfers ging auch noch auf lokale Besonderheiten ein. So forderte er strengste Disziplin und hielt den Polizeischutz, den der Bürgermeister Bleicken gegen seine eigene Bevölkerung gefordert hatte, für überflüssig.

Natürlich lässt sich aus diesen drei die Öffentlichkeit bewegenden Morden und dem Verhalten von Bleicken keine abschließende Bewertung der politischen Person Bleickens vornehmen. Dennoch kann man sagen, dass er sich wohl als Bürokrat gesehen hat und politisch keine positive Stellung zur Weimarer Republik in diesen Tagen eingenommen hat. Ob dies reicht als Namensgebung für eine Schule, die demokratische Verhaltensweisen einüben soll?

Text und Recherche: Hans-Jürgen Kahle

Quelle: Hans-Jürgen Kahle, Die Republik muss leben, Wilhelm Heidsiek Verlag, Cuxhaven 2023

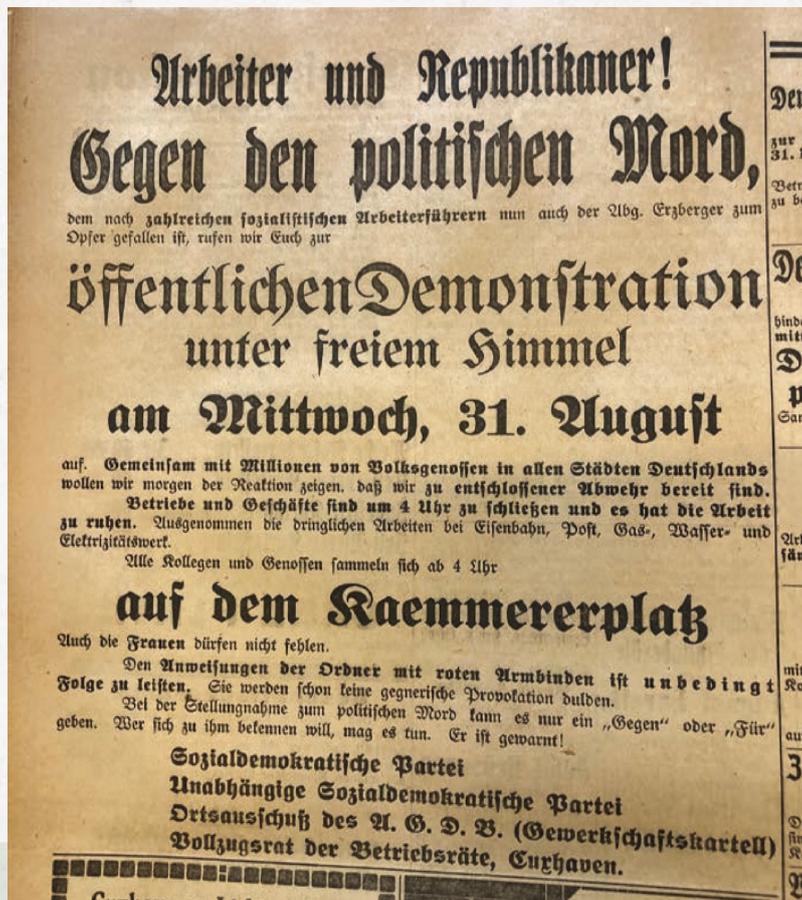


Abb. 2: Aufruf zur Demonstration nach der Ermordung des Zentrum-Politikers Erzberger, (Bildquelle: Stadtarchiv Cuxhaven)

Das passiert aktuell in Cuxhaven

Eine Übersicht aus der Stadtratsfraktion

Hundesteuer

In der Vergangenheit wurden Rasselisten in einigen Städten oft hoch besteuert, da diese Hunderassen aufgrund von Vorurteilen und Fehlinformationen als gefährlicher Hund eingestuft wurden. Dies führte dazu, dass Halter dieser Hunde mit hohem Steuersatz belastet werden sollten, obwohl das tatsächliche Gefahrenpotenzial von einem Hund nicht allein von seiner Rasse bestimmt werden kann.

Auch wir in der Rats-Kooperation aus SPD, Grünen und der Wählergemeinschaft DIE CUXHAVENER waren auf einen Irrweg.

Durch einen intensiven Austausch mit dem Tierheim Frau Birgit Block und Herrn Bendel hat sich inzwischen das Bewusstsein über den Irrtum in Bezug auf Rasselisten und die Besteuerung von Hunden weiterentwickelt. Denn nicht die Rasse eines Hundes, sondern das Verhalten und die Erziehung durch Halter sind ausschlaggebend für das Gefahrenpotenzial. Daher sind wir zu dem Entschluss gekommen die Stigmatisierung durch eine Rasseliste aus der Satzung zu entfernen.

Denn für Halter*innen von Bullterriern, Pitbulls,

American Staffordshire Terriern, Staffordshire Bullterriern und entsprechenden Mischlingen hätte das spürbare finanzielle Konsequenzen gehabt. Nach den zeitgleich beschlossenen Veränderungen der Steuersätze hätten sie laut Satzung das zehnfache des Normalbetrages, nämlich **960 Euro** bezahlen müssen.

Es ist wichtig, dass die Hundesteuer gerecht und angemessen gestaltet wird und nicht auf Vorurteilen oder pauschalen Annahmen basiert. Eine differenzierte Betrachtung von Hunden und ihren Haltern sowie eine individuelle Einschätzung des potenziellen Gefahrenpotenzials sind entscheidend, um eine faire und gerechte Besteuerung zu gewährleisten.

Letztendlich sollte die Hundesteuer dazu dienen, die notwendigen kommunalen Aufgaben zu finanzieren und nicht als Strafe für bestimmte Hunderassen oder deren HALTER missverstanden werden. Eine sachliche und differenzierte Betrachtung ist daher unerlässlich, um eine faire und gerechte Besteuerung zu gewährleisten.

Text: Christine Babacé, Ratsmitglied



Symbolbild
Quelle: AdobeStock

Stadtgeschichtliche Ausstellung in der Stadt ???

Die CDU/Die Demokraten möchten einen städtischen Ausstellungsraum im ehemaligen EWE Kundencenter schaffen. Die Idee einer Ausstellung, in der die Geschichte Cuxhavens präsentiert werden soll, ist nicht neu und wurde in der letzten Ratssitzung diskutiert. Es wurde 2020 ein Konzept von der Stadtverwaltung erstellt. In der Phase 1 wurde in der alten Wache ein 15 min express Rundgang durch die Stadtgeschichte bereits umgesetzt. In den Phasen 2 und 3 soll das Stadtmuseum, das die Stadtgeschichte widerspiegelt im einstigen Katasteramt untergebracht werden. Wir, die Kooperation, haben uns gegen den Antrag der CDU/Die Demokraten entschieden. Denn ein Stadtmuseum bietet die Möglichkeit, die Geschichte und Kultur einer Stadt auf umfassende Weise zu präsentieren und den Bürgern und Bürgerinnen sowie Besucher*innen einen Einblick in die Vergangenheit zu geben.

Ein solches Museum kann dazu beitragen, das kulturelle Erbe zu bewahren und zu vermitteln, sowie das Bewusstsein für die lokale Geschichte zu stärken. Es wäre eine Bereicherung für die Stadt und könnte ein wichtiger kultureller Treffpunkt werden.

Deshalb möchten wir den Plan bzw. das Konzept, welches ja schon in der alten Wache gestartet ist weiter entwickeln. Denn ich denke die historische und kulturelle Identität der Stadt wird am besten im alten Katasteramt bewahrt und präsentiert.

Text: Christine Babacé, Ratsmitglied

Saubere Stadt

Auch in diesem Jahr hat der OV Cuxhaven vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wieder am Tag der sauberen Stadt teilgenommen. Der OV hat in der Deichstraße bis zur Schillerstraße, am Schleusenpril, am Wasserturm und in der Meyerstraße dafür gesorgt, dass diese Bereiche entmüllt wurden. Man konnte diverse Eisenteile, Staubsauger, Hausmüll und viele kleine Teile entsorgen.

Besonders erstaunt war man wieder einmal über die zahlreichen Zigarettenkippen in dem ganzen Bereich. Weiter wurde von den Beteiligten angemerkt, dass es zu wenig Müllbehälter in diesem Bereich gibt. Hier machte man sich im Abschluss auch für das Mülltrennungssystem der Stadt Bad Harzburg stark.



Text: Frank Struß, Vostandsmitglied

Mitglieder des OV Cuxhaven beim Tag der Sauberen Stadt,

Fotos: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OV Cuxhaven

Sportförderungen

Die Mehrheitskooperation hat im Herbst 2023 entschieden, die Förderung von Sportstätten nicht in Anspruch zu nehmen, was zu viel Ärger und Verwirrungen bei den Sportlern geführt hat.

Wir stimmten gegen die Vorlage der Verwaltung, die Mirco Finck aus der Abteilung Bildung und Sport vorgestellt hatte: Die neue Halle sollte den Bedarf decken, der entsteht, wenn die Grimmershörn- und die Hermann-Allmers-Halle aufgegeben werden. Angesichts der städtischen Haushaltslage habe die Stadt, bei einer Zusage, die Chance auf eine 75-prozentige Bezuschussung der Gesamtkosten, es wäre ein Eigenanteil von rund 1,89 Millionen EU, aufgeteilt auf 4 Jahre, aufzubringen gewesen.

Genau diesen Betrag hätten wir vielleicht gar nicht finanzieren können, da wir auch noch diverse andere Großprojekte, wie die Erweiterung von Schulen für den verbindlichen Ganztagsbetrieb, zu stemmen haben.

Wir Grünen als Teil der Mehrheitskooperation standen und stehen in der Kritik für diese Entscheidung. Unterstützung für den Sport wird als wichtiger Bestandteil einer umfassenden gesellschaftlichen und gesundheitlichen Entwicklung angesehen.

Sportvereine und Sportler*innen sind auf gut ausgestattete Sportstätten angewiesen, um ihren Sport ausüben zu können und ihre Leistungen zu verbessern. Fehlende Hallenzeiten könnten die Entwicklung des Sports in der Region stark beeinträchtigen. Dass der Sport eine wichtige Aufgabe hat, ist absolut klar. Und es ist uns auch sehr wichtig.

Denn er sozialisiert, er integriert und fördert die Teamfähigkeit. Und das mit einer Vielzahl von Ehrenamtlichen!!!

Aber wir meinen dass ein ausreichendes Sporthallenangebot vorhanden ist. Wir haben 24 Sporthallen und 2 Kunstrasenplätze, womit wir vergleichsweise gut aufgestellt sind. Außerdem ist gerade mit dem Ersatzbau der Rundturnhalle die Vier-Feld-Mehrzweckhalle begonnen worden. Auch hier müssen wir uns an den Kosten beteiligen und Mittel bereitstellen.

Ein weiterer Grund war, dass der Landkreis an der neuen Schule am Meer eine weitere Sporthalle errichten wollte, in der ebenfalls Hallenzeiten zu erwarten seien. Auch wenn es im Winter zu Herausforderungen kommt, um allen Sportarten gerechte Hallenzeiten zuzuteilen, so denken wir, dass dieses möglich ist.

Natürlich ist der Wunsch nach einer zusätzlichen Multifunktionshalle groß. Denn nach Wasserschäden in der Grimmershörnkaserne und immer wiederkehrenden Sperrungen der Herrman Allmers-Halle sind diese beiden Sporthallen in einem schlechten Zustand und müssten saniert werden. Daraus wurde die Idee nach einer neuen Halle konkreter und der Verein Schwarz Weiß und andere hatten große Hoffnung auf einen Neubau.

Uns ist die Entscheidung dem Förderantrag für eine neue Sporthalle nicht zu zustimmen, nicht leichtgefallen. Und dies sind nicht nur Lippenbekenntnisse. Denn auch für uns hat der Sport in Cuxhaven einen hohen Stellenwert.

Text: Christine Babacé, Ratsmitglied

Demos für unser demokratisches Miteinander

Ich persönlich freue mich über die flächendeckenden Demonstrationen für unser demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus.

Dass dieses nicht nur ein Anliegen von mir und meiner Fraktion ist, haben auch die rund 4000 Bürger*innen am 27. Januar 2024 und am 09. März 2024 die rund 2000 Bürger*innen aus Cuxhaven und dem Landkreis auf der Kundgebung für Demokratie, Respekt und Menschenwürde gezeigt.

Eine tolerante Gesellschaftsordnung braucht engagierte und aktive Bürger*innen, die bereit sind, diese gegen ihre rechtsextremen Feinde zu verteidigen.

Cuxhaven als Stadt am Meer wird im besonderen Maße mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert. Die Zusammenarbeit von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Wählergemeinschaft DIE CUXHAVENER wird daher getragen von der gemeinsamen Überzeugung, eine klimaneutrale Stadt bis 2035 zu erreichen.

Der Pessimismus, der damit einhergeht, muss dem Optimismus weichen, dass diese aus unserer Sicht notwendige Zielsetzung ein Gewinn für unsere Bürger*innen in Cuxhaven bedeutet. Die Lebens-

qualität und Aufenthaltsqualität werden sich zum Positiven entwickeln.

Aber auch wirtschaftlich wird sich Cuxhaven weiterentwickeln, denn für die Energiewende spielt Cuxhaven eine zentrale Rolle. Der Bund hat zugesagt, sich finanziell am Ausbau des Cuxhavener Hafens zu beteiligen. Die Gesamtkosten für das ambitionierte Projekt belaufen sich auf rund 300 Millionen Euro. Staatssekretär Stefan Wenzel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Bundeswirtschaftsministerium



betonte die Bedeutung des Hafenausbaus für die Förderung der erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich der Offshore-Windkraft.

Ich denke das es gut ist, dass wir Menschen wie Stefan Wenzel haben, die grüne Politik an den wichtigen Stellen vertreten und das Potenzial von Cuxhaven erkannt haben.

Bürger*innen in Cuxhaven machen immer wieder deutlich, dass sie an den für die Stadt relevanten Themen stärker beteiligt werden möchten. Bürgerbeteiligung wie zum Beispiel für die Entwicklung des alten Fischereihafens oder auch die Umgestaltung der Deichstraße (**Deichband**) haben das deutlich gemacht.

Mehr Bürgerbeteiligung ist für mich die richtige Antwort auf die immer größer werdende Radikalität in unserer Gesellschaft. Unterschiedliche Ansichten sind in einem demokratischen Prozess etwas ganz Normales. Diese müssen mit Respekt und Menschenwürde ausdiskutiert werden und enden zumeist in einen Kompromiss.

Wenn aber Kompromisse zu einer immer größer werdenden Radikalisierung dieser Gesellschaft führen, macht mir das Sorgen. Demonstrationen bzw. Kundgebungen wie am 27. Januar 2024 und 09. März 2024 machen Mut, weil sie mir zeigen, dass eben doch eine große Mehrheit hinter den demokratischen Prozessen stehen.

Meine Hoffnung ist, dass viele, die jetzt auf der Straße oder auf den Plätzen für Demokratie und Menschenwürde und gegen Rechtsextremismus demonstrieren dieses auch bei Wahlen deutlich machen. Die nächste Gelegenheit dafür bietet die Europawahl am 09. Juni.

Ich möchte Sie oder euch ermutigen, Ihre bzw. eure Stimme für eine demokratische Partei - im besten Falle für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - abzugeben.

Text: Robert Babacé, Fraktionsvorsitzender

BREAKING NEWS

24. März 2024 **Bund beteiligt sich an Cuxhavener Hafenprojekt**

Wichtige Finanzzusage

In einer für Cuxhaven wichtigen Entscheidung hat der Bund zugesagt, sich finanziell am Ausbau des Cuxhavener Hafens zu beteiligen. Darüber berichtete der Internetdienst *Kuestenblick.eu* am Freitag, den 22. März 2024, aus dem diese Meldung teilweise übernommen ist. Dies ist auch aus Sicht der Grünen ein entscheidender Schritt in der Förderung der Infrastruktur und der erneuerbaren Energien in Deutschland. Die Gesamtkosten für das ambitionierte Projekt belaufen sich auf rund 300 Millionen Euro.

Das Bundeswirtschaftsministerium bestätigte, dass die Bundesregierung einen Teil der Kosten für die Erweiterung des Seehafens Cuxhaven übernehmen wird. Diese finanzielle Unterstützung erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die genaue Höhe der Bundesmittel und technische Details des Ausbaus stehen noch zur Klärung aus.

Stefan Wenzel aus Cuxhaven (*Grüner Abgeordneter im Bundestag und Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium*) betonte die Bedeutung des Hafenausbaus für die Förderung der erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich der Offshore-Windkraft.

Daniela Kluckert, Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, unterstrich die Bedeutung der Bundesbeteiligung als Zeichen der Verantwortungsübernahme für die deutschen Seehäfen, gemäß der Nationalen Hafenstrategie.

Der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies (*SPD*) begrüßte die Zusage des Bundes als „gute Botschaft“ und „wichtiges Signal“ für die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland.

Der Ausbau des Cuxhavener Hafens, einschließlich der Erweiterung um drei zusätzliche Liegeplätze, ist von entscheidender Bedeutung für den Umschlag von Windkraftanlagen, die in der Nordsee errichtet werden. Niedersachsen hatte gefordert, dass sich der Bund mit einem Drittel der Kosten, also etwa 100 Millionen Euro, beteiligt.

Quelle: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OV Cuxhaven, Artikel vom 22. März 2024 von Kuestenblick.eu

Impressum

Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Cuxhaven
Deichstraße 4, 27472 Cuxhaven

Gestaltung & Satz:

Klicklicht GmbH
Präsident-Herwig-Str. 61-64
27472 Cuxhaven

Druck:

WIRmachenDRUCK GmbH
Mühlbachstraße 7
71522 Backnang

Auflagenhöhe:

500 Stück

Abbildungen:

Regionalbüro Eva Viehoff, MdL
Denis LOMME/European Union 2021 (S. 4)
Philippe BUISSIN/European Union 2022 (S. 6)
europaimunterricht.de - Abbildungen der EU-Organe
gemeinsamfuer.eu - Werbematerial zur Europawahl 2024
Emilie GOMEZ/European Union 2022 (S. 9)
Genevieve ENGEL/European Union 2023 (S. 9)
Büro Viola von Cramon, MdEP (S. 9+10)
Adobe Stock/Aastels (S. 14)
Unsplash/Markus Spiske (S. 24)
AdobeStock/Milan (S. 28)

Ganz besonderer Dank gilt in dieser Ausgabe der Abgeordneten der Grünen/EFA und MdEP Viola von Cramon und ihrem Büro.

NUTZE DEINE STIMME.

EUROPAWAHL
9. JUNI 2024



Am
09. Juni
wählen.

Europawahl 2024

Am Sonntag, den 09. Juni findet in Deutschland die Europawahl statt. Gewählt werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP). Wahlberechtigt sind alle Unionsbürger*innen aus Deutschland und der EU ab 16 Jahren.

Nutze deine Chance und entscheide auch in diesem Jahr wieder aktiv über die Zukunft der Europäischen Union. Eine Stimme für die EU ist immer auch eine Stimme für Deutschland.



Hier alle Infos zur Europawahl 2024:

<https://elections.europa.eu/de/>

Einfach QR-Code mit dem Smartphone

scannen und mehr spannende Infos erhalten!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN



Deichstraße 4, 27472 Cuxhaven

Im Grünen Büro sind anzutreffen:

Wahlkreisbüro von Stefan Wenzel
Grüner Bundestagsabgeordneter

Öffnungszeiten:
Gesprächstermine nach Absprache

E-Mail: stefan.wenzel.wk@bundestag.de

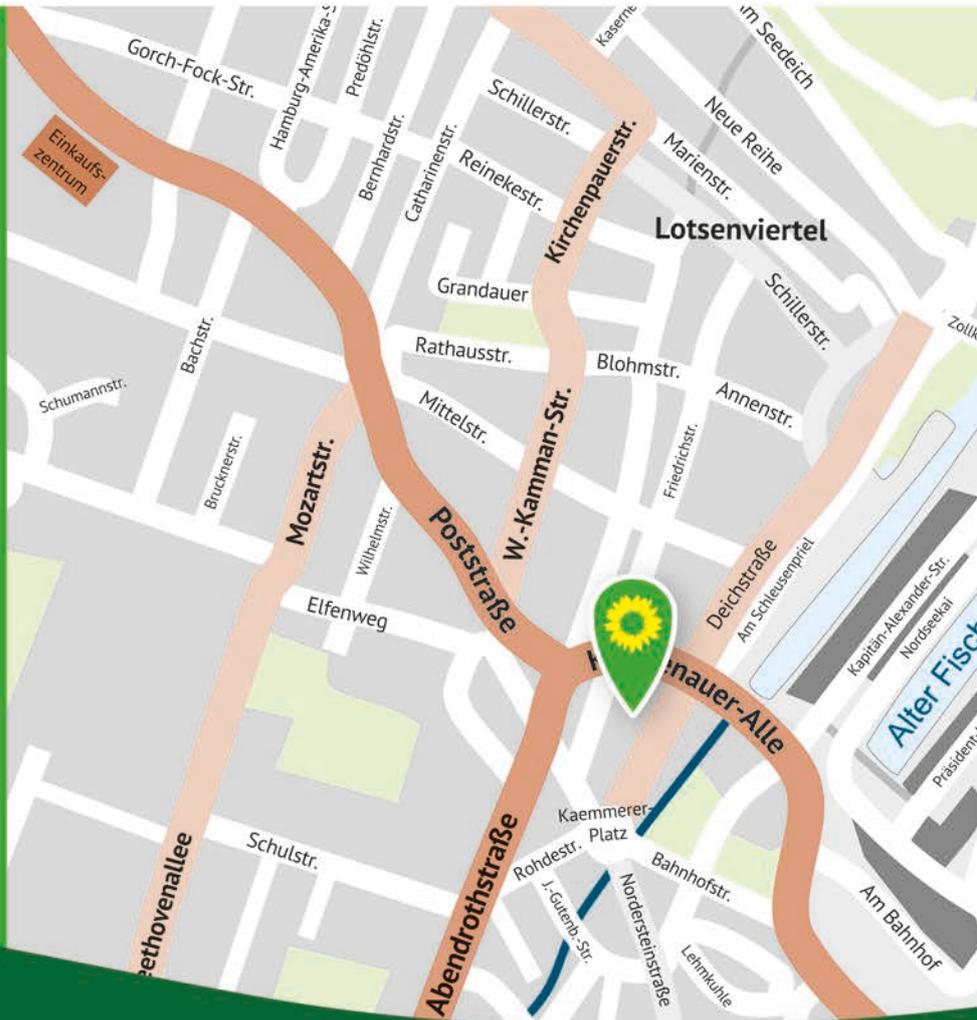
Außerdem im Grünen Büro:

Orts- und Kreisverband Cuxhaven
mit Stadtrats- und Kreistagsfraktion

Öffnungszeiten:
Montag und Donnerstag 16.00 - 18.00 Uhr
(Öffnungszeiten können abweichen)

Telefon:
04721 66 43 44

E-Mail: info@cux-gruene.de



Sie sind an weiteren Informationen interessiert?

Dann schauen Sie auch auf unserer Internetseite vorbei oder nehmen Sie Kontakt zu unserem grünen Büro auf.



Hier geht es zur Homepage des Grünen
OV Cuxhaven: www.cux-gruene.de

Schauen Sie auch gerne bei unseren Veranstaltungen oder Ortsversammlungen vorbei – Gäste sind immer willkommen!